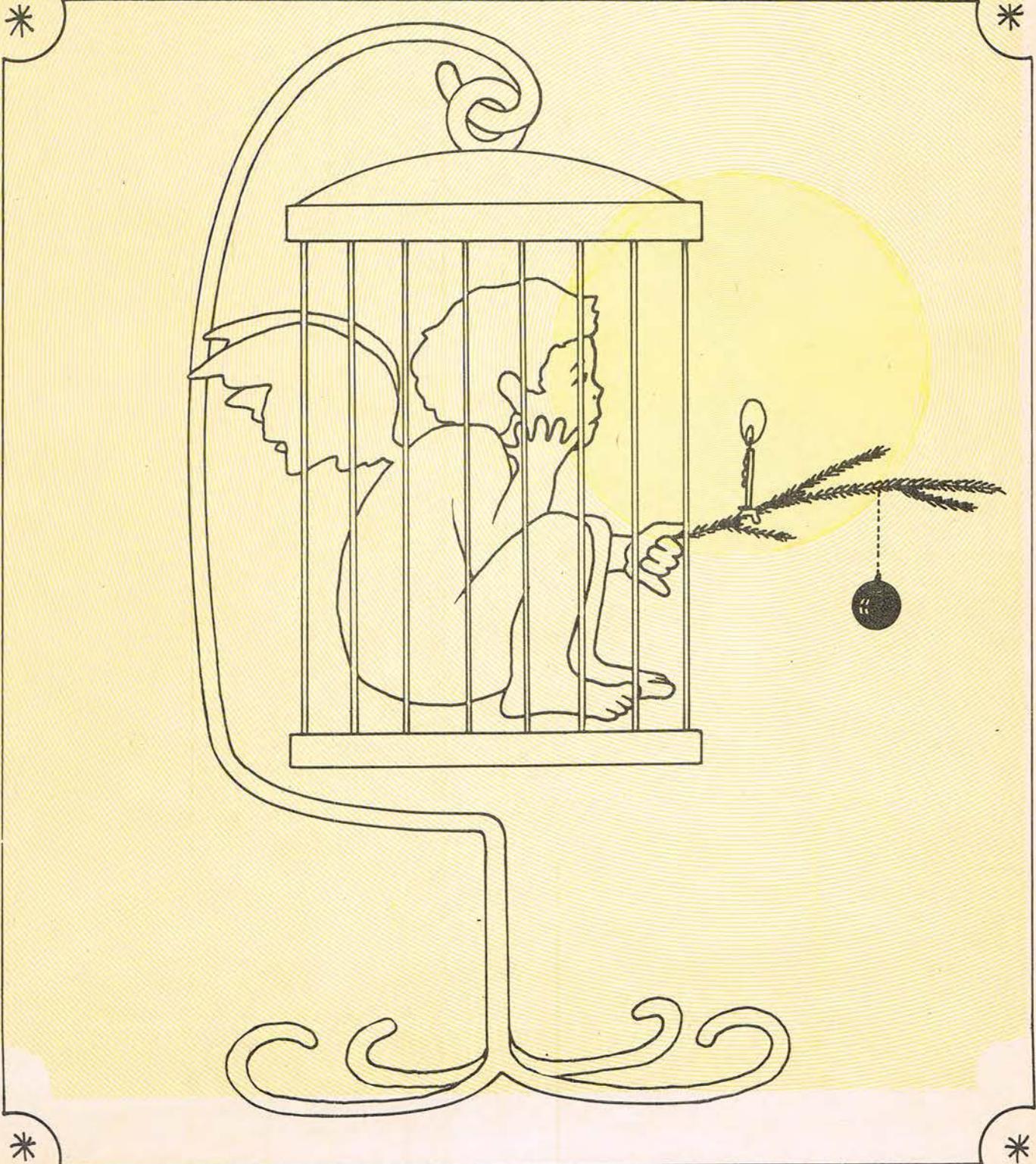


der lichtblick



Die vorletzte Seite

Buchtip



'BEI DER NATUR ZU GAST'

Richard Mabey
Verlag Kiepenheuer&Witsch

Ein Nachschlagewerk für alle an der Natur Interessierten.

Nebenbei eine amüsante Lektüre, die Wissen vermittelt, welche Pflanzen wie zubereitet und gegessen werden können.

Das Buch vermittelt in aufschlußreicher und übersichtlicher, leicht verständlicher Form großes Wissen, gibt Anleitungen nebst Anregungen, das Angebot der Natur zu nutzen.

Nur die wenigsten wissen heute noch etwas über eßbare Wurzeln, Stengel, Stiele Blätter, Früchte und Samen unserer Wildpflanzen.

Das Buch ist praktisch und zuverlässig: auf mögliche Verwechslungsgefahren mit ungeeigneten und giftigen Arten wird jeweils hingewiesen.

Kurz, ein Buch, das einlädt, das Naturangebot zu nutzen.



'DIE DIPLOMATEN'

Arnim Och
Edition International
Schweizer Verlagshaus
Zürich

In diesem Buch werden einander unterschiedliche Möglichkeiten der diplomatischen Verfehlungen, bzw. der Verletzung des diplomatischen Rechts auf Immunität aufgezeigt.

Einmal am Beispiel eines arabischen Ölstaates, der seine Studenten durch Spitzel überwachen läßt. Wer nicht mitzieht, hat mit allem zu rechnen. Die Familien werden gefoltert oder ermordet. Studenten durch Folter zu Spitzeldiensten gezwungen.

Das andere Beispiel ebenso spannend erzählt.

Ein schwarzer Diplomat, der in Saus und Braus lebt, keineswegs von seinen Bezügen, sondern durch Schmuggel! Rauschgift und Devisen, die er als diplomatisches Gepäck befördern läßt.

Die zuständigen Behörden sind machtlos. Nicht mal bei Mordverdacht können sie eingreifen; nur unter Schwierigkeiten können sie die Verantwortlichen zur "Persona non grata" erklären und des Landes verweisen. Aber was macht das schon, in einem anderen Land geht es genauso weiter.

Ein Buch, das aufhorchen läßt, das schon einige Zeit im Gespräch ist und Staub aufgewirbelt hat.

Ein Buch das sich einige Zeit auf den Bestsellerlisten halten wird.



'DER SCHWARZE LÖWE'

Nicholas Monsarrat
Edition International
Schweizer Verlagshaus
Zürich

Täglich erreichen uns Nachrichten aus dem schwarzen Erdteil, die nicht recht verständlich erscheinen. In dem mir vorliegenden Roman hat Michael Monsarrat, in politischer Hinsicht, Aufklärungsarbeit für alle gemacht.

Jeder, der diesen Roman zur Hand nimmt, wird ihn nicht so schnell wieder weglegen können; nicht nur das, er wird ihn nie vergessen.

Michael Monsarrat zeigt Hintergründe auf.

Wie ein schwarzer Despot sein Land regiert, es zugrunde wirtschaftet, in Saus und Braus mit seiner UNO-Delegation in New-York lebt, sich noch dazu eine Kurtisane als Andenken in seinen Palast mitnimmt, Korruption seiner Beamten als legal erklärt und nichts dabei findet, wenn ganz offen darüber gesprochen wird.

Die nach der Unabhängigkeit im Land gebliebenen Verwaltungsbeamten können nicht eingreifen Sie sind Fremde im Land, die notwendiger denn je gebraucht werden, aber nichts mehr zu sagen haben.

Dieses Buch macht Gegenwartsgeschichte in beunruhigender Weise begreiflich, nicht nur für den politisch Interessierten!



In diesem Heft

Bericht - Meinung		Tegel - Intern	
Leser - Forum	Seite 4 bis 5	Werdegang eines Straffälligen	Seite 21 bis 23
Bericht einer Anstaltsbeirätin	Seite 6 bis 7	ZTS-Hitparade-Intern	Seite 23
Deutsche Jungdemokraten		K O N T A K T I K	Seite 26
Bericht von A. Herzog	Seite 8	Anstaltseinkauf	Seite 27
D R O G E N - Teil 2	Seite 9 bis 13	Veranstaltung des Senators für Justiz	Seite 27
Öffentlichkeitsarbeit	Seite 20	10 Jahre Anonyme	
Information		Alkoholiker	Seite 28
Aus dem Abgeordnetenhaus	Seite 14	Zur Situation der türkischen Gefangenen	Seite 29 bis 30
Fehlorganisation	Seite 15	ZEUGEN JEHOVA	Seite 30
Brief des Anstaltsbeirats	Seite 17	VAGANTEN-BÜHNE	Seite 31
Pressespiegel	Seite 18 bis 19	Brücke der Freundschaft	Seite 34
Die I.V. der TA II	Seite 24		
Offener Brief von AST, AG SPAK und HU	Seite 25	<i>Weihnachtsgraphik</i>	Seite 16
Gedanken zum Weihnachts- fest von Pater Vincens und Pfarrer See	Seite 32 bis 33	Die vorletzte Seite	
		<i>Buch - Tip's</i>	Seite 35

*Fröhliche Weihnachten und ein glückliches neues Jahr
Merry Christmas and a happy new Year
Joyeux Noël et les meilleurs voeux pour la nouvelle Année
Buon Natale e felice Anno Nuovo*

SPENDENKONTO

BERLINER BANK AG
(BLZ: 100 200 00)

31/00/132/703

ODER

POSTSCHECKKONTO
der BERLINER BANK

Nr. 2 20-102 Berlin-West
Vermerk: **31/00/132/703**

'lichtblick'

Leser- Forum

Ich wünschte, wir in Straubing hätten Eure Sorgen. Die Tatsache, daß der Berliner Senat, nun schon zum dritten mal, eine Weihnachtsgratifikation von 20.-DM an seine inhaftierten Bürger auszahlt, sollte nicht mit den überhöhten Preisen der Firma Feinkost-Frey vermischt werden.

In Straubing, und somit unter der Alleinherrschaft der CSU-Landesregierung, ist es bis zur Stunde dem zuständigen Staatsminister der Justiz noch nicht eingefallen, an eine Weihnachtsgratifikation für Gefangene zu denken. Das "C", was gerade von unserer Regierungspartei immer hervorgehoben wird, hat für Gefangene in Bayern noch keine wesentlichen Fortschritte in dieser Richtung gebracht. Im Gegenteil Einschränkungen bezüglich der Verpflegung. Und Nachteile im Zusammenhang mit dem Strafvollzugsgesetz.

Euer Glück, Weihnachtsgratifikation, bestätigt mich wieder einmal in meiner Meinung, daß der bayrische Staatsminister der Justiz, ein gestörtes Verhältnis zur Minderheit Strafgefangene hat. Beweise gibt es genug dafür.

Günter - Arno, Rische
Straubing



Sehr geehrte Herren !

Heute möchte ich Ihnen Dank sagen für den interessanten Bericht "Drogen".

Finde, daß Sie mit diesem Artikel eine Aufklärung betreiben in der Strafanstalt Tegel. Denn ich bin selber vor einiger Zeit Insasse dieser "Institution" gewesen und wäre fast selber "süchtig geworden", wenn nicht ebenfalls ein "BTM-ler" mich nicht von diesem Schritt abgehalten hätte ! Worüber ich noch heute froh bin. Denn ich bin der Ansicht, daß die Situation allein dort sein zu müssen, schon mit ein Grund für dieses Übel mit sich bringt. Und wer dann vielleicht auch noch labil von Natur her ist, bringt die besten Voraussichten mit, von dieser Droge abhängig zu werden. Und das im "Knast" ! Die Justiz sollte sich viel mehr mit diesem Problem beschäftigen. Es hilft dem Abhängigen doch nicht, wenn er später von den Ärzten mit Psychopharmaka vollgepumpt wird, nur um von dem Gift loszukommen. Dann ist er eben "Tablettensüchtig", und das ist wohl nicht so schlimm ?

Das mag wohl ein Weg sein, aber ich glaube nicht der richtige. Der beste wäre meiner Ansicht der, daß man sich mehr persönlich mit dem Menschen beschäftigen sollte, weiler doch in einer Situation ist, die für den "normalen Bürger" eben nicht verstanden wird, bzw. unverständlich wirkt, dort in Unfreiheit sein zu müssen, wo die elementarsten Möglichkeiten fehlen, die das Leben doch so schön machen. Glaube, daß Sie wissen, was ich sagen möchte.

Jedenfalls habe ich damals so empfunden. Aus diesem Grunde möchte ich, wie auch mein Schwager, in

diesem Jahr einen Gefangenen zu Weihnachten einladen, damit er ein paar schöne Stunden erleben kann. Wir sind 24 und 40 Jahre alt und haben eine schöne Wohnung in Kreuzberg. Das Idealalter wäre 22-26 Jahre. Vielleicht auch ein ehemaliger "BTM-ler". Dem wir auch später nach der Haft helfen würden, den Sprung in die "Gesellschaft" zu meistern, wie ich es auch getan habe.

Werde in diesen Tagen, sobald ich mein Gehalt bekommen habe, einen Scheck für Ihre Arbeit an Sie absenden.

J.R.H.
Bln:21

Anm. der Redaktion !

Interessierte Kollegen melden sich bitte schriftlich beim "lichtblick". Wir leiten Ihren Brief an Herrn J.R.H dann weiter.



Ihr Bericht über die Woche „Nachdenken - Umdenken - Neu-denken“ hat mich erfreut. Da ich selbst zu denen gehörte, die diese Veranstaltung mitverantworteten, war es mir interessant zu hören, wie unvoreingenommene Beobachter diesen Versuch bewerteten.

Ich schließe mich dem in der Schlußbemerkung ausgesprochenen Wunsch an, daß sich die „neugeknüpften Kontakte als dauerhaft und fruchtbar erweisen“.

Ich wünsche Ihnen bei der Redaktion des nächsten "lichtblick" viel Freude und grüße Sie herzlich.

Ihr
Sigfried D.
1 Berlin 44

BERICHT - MEINUNG

Hallo Freunde!

Eure letzte wie auch die vorherigen Ausgaben habe ich dankend erhalten. Wie Ihr jetzt schreibt konnten interredaktionelle Schwierigkeiten überwunden werden (neue Redaktionsmitglieder usw.) Das freut mich, und da ich aus eigener Anschauung solche Schwierigkeiten kenne, meine Anerkennung für das permanente Durchstehen solcher Konflikte!

Eure Berichte, Kommentare usw. sind durchweg gut, wie es überhaupt gut ist, daß die JVA den 'lichtblick' schon all die Jahre ein solch massives Sprachrohr hat.

In der letzten Ausgabe kommt allerdings, wie ich meine der Teil "Tegel - intern" zu kurz. Ihr solltet auf eine Darstellung Eurer Anstalt, insbesondere durch persönliche Erlebnisberichte (auch mit subjektiver Einfärbung) irgendwelcher "Knast-Teilnehmer" nicht verzichten. Und Ihr solltet darauf achten, daß Eure Aussagen dem "Nicht-Kenner" des Knastes die tatsächliche Problematik vermitteln, am besten garniert mit parallelen Beispielen

aus dem Leben der "Freien".

Beispiel: das absolute und anonyme Antragswesen im Knast - das unpersönliche Antragswesen auch bei allgemeinen Behörden. Solche Übertragungen sind für den Leser dann vielleicht einsichtiger.

Versucht mal darzustellen, was es menschlich bedeutet, einen "Bittsteller" zu schreiben. Welche "Entmündigung" damit verbunden ist, alles durch andere regeln lassen zu müssen und welche Konsequenzen dies hat oder haben kann. Schildert das Warten auf Post, das Warten auf die Gewährung einer Bitte und die damit einhergehenden entwürdigenden "Menschenvernichtungs-Mechanismen".

Neben berechtigten Angriffen auf Institutionen, Gesellschaftspolitischen Ereignissen aber müßte gleichzeitig auch ermunterndes und Mut schöpfendes für die Einsitzenden geschrieben werden. Nur Negatives wirkt sich auf einen betroffenen Leser eventuell resignierend aus.

Manfred J.
Schönkirchen

Betr: Kritik zum 'lichtblick'

Ich lese seit über 5 Jahren den lichtblick, doch so schlecht wie die beiden letzten Nummern erschien mir das Blatt noch nie. Statt mitzuteilen wird umschleiert, statt aufzuklären wird verheimlicht. Jede noch so zensierte westdeutsche Gefangenenzeitung schreibt ähnlich schmeichelhaft für die Anstalt, nur die nennen sich auch nicht unzensiert.

Ich stelle mir vor, die Zeitung soll unser Sprachrohr nach draußen sein. Es ist die einzige Möglichkeit offiziell an die Öffentlichkeit zu treten, Mißstände aufzeigen und positives zu vermerken. Es sollten nicht nur Redakteure zu Wort kommen, die wie mir scheint eine elitäre Insel bilden. Wäre 'der lichtblick' für uns die Waffe, die er sein kann dann könnte die Anstaltsleitung die Zeitung nicht monatelang blockieren, wenn es um die Einstellung eines Druckers geht.

Mit freundlichem Gruß
Siggilein TA III

Nicht vergessen:
Lichtblickspende!



Mitteilung des Briefamtes der JVA Tegel:

Das Briefamt ersucht alle Insassen, ihre Briefpartner zu bitten, der Postanschrift der JVA-Tegel die Teilanstalt beizufügen (TA I, TA II, usw.).

Dadurch werden Verzögerungen bei der Weiterleitung in die einzelnen Teilanstalten verhindert.

-red-

Über die Problematik den Gesetzauftrag zu erfüllen; Öffentlichkeit im Vollzug zu präsentieren aus der Sicht einer Anstaltsbeirätin.



MARIANNE HENKYS

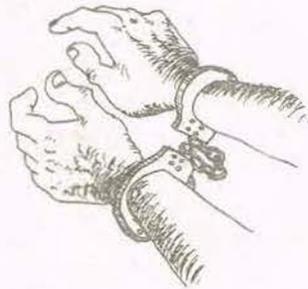
Nur ein halbes Jahr Erfahrung als freiwillige Mitarbeiterin im Strafvollzug hatte ich aufzuweisen, als ich im Frühjahr 1977 vom Senator für Justiz in den neugebildeten Beirat der Teilanstalt III der Justizvollzugsanstalt Tegel berufen wurde. In dieser kurzen Zeit hatte ich zweierlei kennengelernt: Die hoffnungslose Zukunftsperspektive der dem herkömmlichen Verwahrvollzug ausgelieferten Insassen, und die Hoffnung auf Änderung, die mit dem 1. Januar 1977 in Kraft getretenen Strafvollzugsgesetz eine reale Grundlage erhalten hatte. Ich wußte, daß die mit dem neuen Vollzugsziel, den Gefangenen im Vollzug der Freiheitsstrafe zu befähigen, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen, zwingend vorgeschriebene Reform nicht von einem Tag auf den anderen verwirklicht werden konnte. Es bedurfte dazu der Mitarbeit vieler. Daran mich zu beteiligen, scheint mir eine sinnvolle gesellschaftliche Aufgabe. Deshalb nahm ich

die Berufung an und war bereit, viel Zeit in die ehrenamtliche Beiratsarbeit zu investieren.

Die schnelle Bildung der Vollzugsbeiräte auf der Grundlage einer druchaus progressiven Ausführungsvorschrift, die der Berliner Justizsenator zu dem entsprechenden Paragraphen des Vollzugsgesetzes erlassen hatte, war für mich ein Hinweis darauf, daß man in Berlin entschlossen schied, das neue Gesetz energisch in die Tat umzusetzen. Ich hatte auch beobachtet, daß schon vor Inkrafttreten des Gesetzes eine Planungsgruppe in der Teilanstalt III tätig geworden war, die dem Senat einen Vorschlag für optimale strukturelle Bedingungen zur Verwirklichung des nunmehr vorgeschriebenen Behandlungsvollzuges vorlegen sollte. Außerdem wurden für die Teilanstalt III erstmals Planstellen für Sozialarbeiter geschaffen. Heute weiß ich, daß ich naiv gewesen bin. Wohl gemerkt: Ich meine nicht jene Naivität, die mir und anderen Freiwilligen oft von solchen Beamten vorgehalten wird, deren Grundglau-

bensbekenntnis zu sein scheint, daß bei Strafgefangenen Hopfen und Malz verloren ist, daß man ihnen also nicht helfen, sondern sie nur "verwahren" könne. Ich meine vielmehr meine staatsbürgerliche Naivität, die mich glauben ließ, daß Gesetzesvorschriften und mit Gesetzen angestrebte Ziele auch von allen, die dafür verantwortlich sind, nach Kräften in Wirklichkeit umgesetzt werden. Denn ich habe nun meine Erfahrungen gemacht.

Die Mitarbeit der Beiräte an der Gestaltung des Vollzuges im Sinne des Neuen Gesetzes scheiterte nämlich sehr bald daran, daß von Seiten der Justizverwaltung, der Anstaltsleitung und der Leitung der Teilanstalt III ein wirkliches Interesse an der Beiratsarbeit nicht spürbar wurde: Es gab kein Einweisungsgespräch, keine festen Termine zum Erfahrungsaustausch zwischen Hausleitung und Beirat, kein Anzeichen, daß man unsere Erfahrungen kennenlernen, unsere Vorschläge bedenken wollte. Es gab keine Aufforderung, an Planungsgesprächen teilzunehmen, Problemlösungs-



möglichkeiten zu erörtern. Es gab keinen Austausch über die Schwierigkeiten, die einer Umsetzung des Gesetzes in Wirklichkeit entgegenstanden, keine Bitte um Mitüberlegung, etwa für Prioritäten und Zeitplan der Aufstellung von Behandlungsplänen. Es gab und gibt keine automatische Zustellung von Hausverfügungen an Beiräte. Es gibt keine selbstverständliche Unterrichtung der Beiräte über aktuelle Vorkommnisse, die der Anstaltsleitung Sorgen bereiten.

Gewiß, wir haben in den mehr als anderthalb Jahren unserer Beiratstätigkeit viel erfahren, auch an mancher Besprechung teilgenommen. Aber das geschah immer nur auf unsere Initiative, unser Drängen. Eigentlich jede Information wurde unwillig gegeben. Nie habe ich jedenfalls Neugier, Interesse, Diskussionsbereitschaft, kurz: den Willen gespürt, das Strafvollzugsgesetz über gewisse Formalien hinaus Wirklichkeit werden zu lassen und uns dafür mit in Anspruch zu nehmen.

Nun sind Beiräte ja nicht der Nabel der Strafvollzugsreform. Das Gesetz ließe sich auch ohne intensive Beiratsarbeit verwirklichen. Aber dazu eben fehlt, so meine ich, weithin der Wille. Darauf deutet auch das Schicksal des Planungsausschusses hin. Dieser Ausschuß hat ein ganzes Jahr lang gearbeitet. Beteiligt waren Beamte aus allen Bereichen des Vollzuges, dazu als Referent in der Abteilung V der Justizverwaltung Herr Leppin. Die Ergebnisse, die eine Strukturierung des Hauses III, ein Konferenzsystem

und eine durchschaubare Kompetenzverteilung vorgesehen, wurden in einer Klausurtagung Anfang 1978 festgelegt. Herr Leppin übernahm es, sie schriftlich zu fixieren und die Vorschläge auf dem Dienstweg zu bringen, damit sie für die Teilanstalt III verbindlich würden. Dabei allerdings ist es bis heute geblieben. Nicht einmal eine Information, was für ein Haar die Senatsverwaltung oder die Hausleitung in der Suppe gefunden haben, wurden die Beteiligten gewürdigt, deren guter Wille zum Reformvollzug damit entscheidend gelähmt worden ist.

Und schließlich die Sache mit den Sozialarbeitern. Neue Sozialarbeiterstellen gab es nicht nur für dieses Haus. Überall sind sie ohne besondere Schwierigkeiten besetzt worden. In der Teilanstalt III hingegen gelang es bis heute nicht trotz Ausschreibung und Überschuß solcher Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt, für alle Stellen Mitarbeiter zu gewinnen. Und von denen, die kamen, sind die meisten inzwischen aus undurchsichtigen Gründen verschwunden. Das kann ein Zufall sein. Nur, konkrete Informationen gibt es nicht. Bewerber jedenfalls kamen ins Haus, stellten sich der Leitung vor. Warum sie nicht bleiben wollten, ist ebenso unbekannt wie die Gründe, die zum Ausscheiden oder zur Versetzung derer führten, die im Haus III die Arbeit begannen. Wenn es also dem Hausleiter nicht gelungen ist, die Tätigkeit in der TA III so darzustellen oder zu gestalten, daß an einem sinnvollen Strafvollzug in-

teressierte Sozialarbeiter hier ein sie engegieren-des Tätigkeitsfeld sehen, stellt sich die Frage nach dem Willen der Senatsverwaltung, Voraussetzungen zu schaffen, daß ein stärker behandlungsorientierter Vollzug in diesem Hause möglich wird.

Die Naivität also, mit der ich die Beiratstätigkeit zunächst als Aufforderung und Chance zur Mitarbeit, also in Zusammenarbeit im Blick auf das gemeinsame Ziel des Paragraphen 2 des Strafvollzugsgesetzes verstanden und zu praktizieren versucht habe, ist hin. Von den drei Mitgliedern des ursprünglichen Teilanstaltsbeirates III in Tegel bin ich die einzige noch übrige. Die anderen haben resigniert. Wird es ihren Nachfolgern, wird es mir besser gehen? Wohl kaum, es sei denn, wir verstehen unsere Aufgabe künftig anders als bisher.

Mitarbeit an der Gestaltung des Strafvollzuges ist unser gesetzlicher Auftrag. Wenn er erfüllt werden soll, bedürfen wir der Partner von innen, die uns akzeptieren, unsere Mitarbeit wollen und ggf. einfordern. Wenn dies nicht geschieht bleibt uns nur übrig, uns auf Kontrolle, Kritik und Öffentliche Anklage zu konzentrieren.



Deutsche Jungdemokraten Projektgruppe Gesundheit und Soziales Grundrundrechtskongress Arbeitskreis 'Menschen im Strafvollzug'

Ein Beitrag von Axel Herzog

I. Die Jungdemokraten treten für die Verwirklichung der Grund- und Menschenrechte gerade in der Praxis des Strafvollzuges ein.

Es widerspricht der grundgesetzlich verbrieften Menschenwürde, verursachen gesellschaftlichen Schaden mit zeitweiliger Absonderung aus der Gesellschaft zu beantworten. Für die Jungdemokraten stellt somit bereits der Strafvollzug als solcher eine Einschränkung der Grundrechte dar.

Der Verwahrvollzug - das bloße Einschließen des Delinquenten - ist in den Strafanstalten der Bundesrepublik Deutschland immer noch gang und gäbe: Hier wird verdrängt, daß das Kurieren an den Symptomen den Staatshaushalt längerfristig mehr belasten als die zunächst höheren finanziellen Aufwendungen, die - insbesondere im Personalbereich für einen Behandlungsvollzug notwendig wären. Die Tatsache, daß der gegenwärtige Strafvollzug eine Rückfallquote von etwa 80 Prozent aufweist, macht umso deutlicher: Soll dem Anspruch des seit 1977 bestehenden Strafvollzugsgesetzes konsequent Geltung verschafft werden - nämlich den Gefangenen zu befähigen, in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen - ist die Praktizierung des Behandlungsvollzuges allgemein und

überall erforderlich.

Im einzelnen muß auf - die Erhöhung der Planstellen für Ärzte, Psychologen und Sozialarbeiter im Vollzug,

- die vermehrte Einrichtung von Ausbildungsstellen und ausreichend qualifizierten Arbeitsplätzen bei traifgerechter Entlohnung,

- die Gewährung öffentlicher Mittel (auf Darlehensbasis) zur Regulierung der durch die Straftat entstandenen Schulden,

- das generelle Unterlassen der Zensur des Postverkehrs,

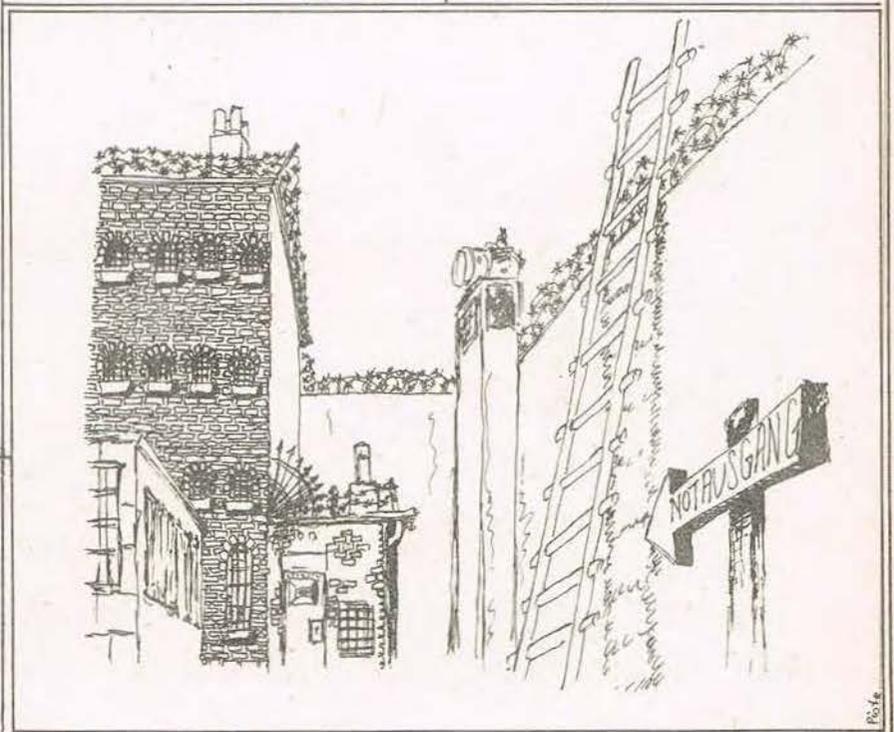
- den generellen Wegfall der Besuchsbeaufsichtigung,

- die Vermehrung der Freigängerplätze gerungen werden.

Bei allen Maßnahmen

muß eine Abwägung zwischen dem Sicherheitsinteresse der Gesellschaft und dem Resozialisierungsanspruch des Gefangenen vorangehen. Die Reformbestrebungen im Strafvollzug dürfen nicht der Terrorismusbekämpfung geopfert werden.

Die Jungdemokraten erheben darüber hinaus die langfristige Forderung nach Abschaffung der Freiheitsstrafe. Bei der Entwicklung von Alternativen lassen sie sich von dem Ziel leiten, den Betroffenen und ihren Angehörigen zu einem menschenwürdigen Dasein und Selbstbestimmung zu verhelfen. Alle einzuleitenden Maßnahmen müssen sich daran orientieren, die Eingliederung in die Gesellschaft zu ermöglichen.



Ein Problem breitet sich aus:

DROGEN Teil 2

Wenn im ersten Teil davon die Rede ist, neue, sinnvolle Lösungen für unsere Jugend anzubieten, dann ist das ein sehr mühevoller und weiter Weg und oftmals aufopferungsvoll. Denn zunächst müssen Drogenkonsumenten und -Abhängige cleanisiert und neu orientiert werden. Es müssen neue, altersgemäße Aufgaben und Möglichkeiten für Abenteuer, aktives und sinnvolles Leben und Erleben und Selbstbestätigung angeboten, ja erforderlich gemacht, folglich vorausgesetzt werden.

Um gegen den Drogenmißbrauch wirklich wirksam zu sein, hieße, die Ursachen des Drogenkonsums zu bekämpfen, sog. 'kausale Prävention' zu leisten, also alle gesellschaftlichen Bedingungen des Drogenkonsums zu verändern, wie die Lebenssituationen der Inhaftierten, deren zukünftliche Perspektiven, etwa Arbeitslosigkeit etc. Welche Alternativen wollte man einem lebenslanglich Verurteilten anbieten?

Der Möglichkeiten, Drogenabhängige der Spritze zu entziehen, bestehen nicht sehr viele. Wohl werden bei der Ankunft in die Anstalt erkannte Süchtige in die Drogenstation verlegt, aber diejenigen, die erst nach ihrer Inhaftierung zum 'H' gelangen, werden nur ausgemacht, wenn sie kraß auffallen. Dann werden sie in die PN verwiesen und dort beruhigt, um anschließend wieder in die Szene einge-

schoben zu werden. Von Entziehungsbehandlung kann da keine Rede sein. Hier hat das StVollzG seine Grenze bislang erreicht. Aus dem drogenbedingten psychischen Zwang zur Wiederholung gibt es noch Antriebe aus der Umgebung; etwa die Herstellung einer 'Atmosphäre' in sog. Hippiekreisen, dem Gefühl der Loyalität anderen gegenüber u.s.w.

Bei prophylaktischen Maßnahmen gegen Drogenmißbrauch ist zwischen restriktiven, aufklärenden und beratenden /therapeutischen Maßnahmen zu unterscheiden:

-restriktive, sind Gesetzgebung und Polizeiaktionen. Seit '71 wirkt ein Btm-Gesetz mit verschärfender Strafandrohung und -zumessung. In der Praxis versucht man zwischen 'Eigenverbrauch' und 'Handel' zu differenzieren. Wie unsinnig eine Strafandrohung oder gar



-erhöhung bei Konsumenten bleibt, weil kaum präventiver Effekt erzielt wird, beweist die Tatsache, daß psychische und physische Abhängigkeit eine Art von Zwangshandlungen nach sich zieht, zum Beispiel die Beschaffung (wir haben sie



als Folge- und Randkriminalität kennengelernt) die gerade dadurch gekennzeichnet ist, daß die persönlichen und sozialen Folgen des abweichenden Verhaltens ausgeblendet werden.

Aufklärung soll erreichen, daß Erkenntnisse über das Drogenproblem in der Gesamtheit an unmittelbar Betroffene weitergeleitet werden, mit Hilfe der Massenmedien wie Presse, Rundfunk und Fernsehen, Film u.s.w. Verstärkt sendete das Fernsehen in letzter Zeit Filmproblematiken zur Drogenpolitik, wie zum Beispiel die wiederholte Sendung des Films: „Der Fixer“ im ersten Programm. Kürzlich hatte die Organisation 'Synanon' mit einer parallelen Frankfurter Gruppe in der Sendung 'direkt' Gelegenheit, über ihre Arbeit zu berichten und sich vorzustellen. In unserer Serie werden wir diese Organisation noch näher kennenlernen. Neben der Verwendung obengenannter Medien spielen im Rahmen der Aufklärung sogenannter 'Schlüsselpersonen' eine große Rolle, Personengruppen, die in direktem beruflichen oder freiwilligem Kontakt mit Häftlingen stehen, aber auch Drogenberater, Therapeuten

und ehemalige Drogenabhängige. Für die Aufklärung wurde bisher zu wenig getan, und jeder, der mit solchen Problemen der Drogen zu tun hat oder hatte, weiß, wie schwer es ist, Material über bzw.

für eine Aufklärungsarbeit zu bekommen. Sicher mag das im wesentlichen auch daran liegen, daß mehr Gelder für restriktive Maßnahmen aufgewandt wurden als für beratende/therapeutische Behandlung, die

in der Regel von der Initiative und dem Engagement der jeweiligen Einrichtungen abhängen. Und sie muß folglich schlecht sein, wenn keine Unterstützung zu diesem Engagement erfolgt.



Abb. W. Hogarth: Die Schnapsgasse. Aus: Schadewaldt et al., Kunst und Medizin. Köln: M. Du Mont, Schauberg 1967

«So wichtig die Vergütung des Schadens, den ihre Verbrechen angerichtet, so unmöglich ist diese Wiedererstattung, ohne dass der Staat selbst sie in die Lage setzt und zu den Kräften emporhebt, in welchen sie auch nur des Gedankens und des Wunsches, diese Erstattung nach ihren Kräften leisten zu können, fähig werden können.»

Johann Heinrich Pestalozzi
Pädagoge
12.1.1746 in Zürich geb.
17.2.1827 in Brugg gest.

Junk macht schlank!





**Drogenberatungs-
einrichtungen
und Betreuung**

In der Bundesrepublik gibt es nach neueren Schätzungen etwa gut 100000 jugendliche Alkoholiker, mehr als 500 davon begehen in einem Jahr Selbstmord. Die Zahl derer, die in seelische Abhängigkeit von Heilsarmeen und exentrischen Religionsgemeinschaften geraten, wird auf einige Tausend geschätzt. Und etwa 6000 Jugendliche kommen jährlich ins Gefängnis.

In Anerkennung der Tatsache, daß drogenabhängige Probanden ein besonderes Maß an Betreuung, Beratung und Aufsicht benötigen, hat der Senat bereits in seiner Sitzung vom 28.3.1972 zur Senatsvorlage Nr. 765/72 u. a. beschlossen:

„Um eine sinnvolle Arbeit zu leisten, wird außerdem eine Verbesserung des sonst angewandten Schlüssels in der Bewährungshilfe von 50:1 bei der Betreuung von jugendlichen und erwachsenen Drogenabhängigen auf 15:1 für erforderlich gehalten.“ Das würde bei 241 drogenabhängigen Probanden bedeuten, daß die Zahl der Stellen für Bewährungshelfer um 11 erhöht werden müßte. Dem Artikelschreiber sind vielleicht etwa 3 oder 4 davon bekannt, (Stand: 30. 9. '77).

Der Anteil der durch die Gesundheitsämter betreuten Drogenabhängigen ist noch sehr gering. Dies ist zum Teil auf die Ablehnung gegenüber behördlicher Einrichtungen durch die Drogenabhängigen zurückzuführen. Das Hilfsangebot für Drogenabhängige hat sich auch in Berlin ausgehend von Selbsthilfegruppen, die von ehemaligen Drogenabhängigen gegründet wurden, unter Einbeziehung der Beratung und Behandlung im klinischen und behördlichen Bereich zu einem therapeutischen Netz entwickelt, in dem verschiedene Konzepte nebeneinander bestehen. Dieses Netz bedarf des weiteren Ausbaus, um möglichst für jeden Drogenabhängigen die ihm gemäße Behandlungs- und Rehabilitationsform anbieten zu können. Die Entgiftung Drogenabhängiger soll auch weiterhin in Krankenhäusern vorgenommen werden; dafür stehen ausreichend Betten in Berlin zur Verfügung. Um Engpässe zu vermeiden und eine medizinische Versorgung dieses schwierigen Patientenkreises zu gewährleisten, sollen allerdings einige Krankenhäuser vorrangig zur Aufnahme von Drogenabhängigen für den körperlichen Entzug verpflichtet werden. Da es sich in bestimmten Sonderfällen als erfolgversprechend erwies, auch die Entwöhnung und eine rehabilitative Langzeittherapie in einer klinischen Einrichtung durchzuführen, müssen auch dafür Betten vorgehalten werden.

Die vom Senat beschlossene Drogenklinik für straffällig gewordene Drogenabhängige in Frohnau wird planmäßig im Jahr 1979 ihren Betrieb (als Einrichtung der Karl-

Bonhoeffer-Klinik) aufnehmen. Das Konzept, das zur Zeit vorliegt, wird im Verlauf des nächsten Jahres den sich ändernden Erkenntnissen auf dem Drogengebiet (insbesondere auch aus den Erfahrungen, die im Justizbereich gemacht werden) angepaßt. Im Bereich des Justizvollzuges ist über die bestehenden Einrichtungen hinaus die Einrichtung von zwei Stationen für die Drogenbetreuung mit etwa 70 Plätzen in der Lehrter Straße in die Wege geleitet worden. Für diese Betreuung und für eine zumindest ansatzweise Behandlung in geeigneten Fällen, sind eine Verstärkung des Fachpersonals sowie Verbesserung in der Ausstattung der Haft- bzw. Gruppenräume und im arbeitstherapeutischen Angebot notwendig.



Für männliche Drogenabhängige ist die Einrichtung von 2-3 Sicherheitsstationen erforderlich (60-90 Plätze), deren Zweck in erster Linie ist, bei Behandlungsunwilligen oder unfähigen Drogenkonsumenten eine Beschaffung bzw. Handel mit Drogen soweit als irgend möglich zu unterbinden. Für Behandlungswillige, die darauf bedacht sind, aus eigener Kraft von der Droge loszukommen und sich deshalb

von anderen Drogenkonsumenten fernhalten möchten ist die Einrichtung einer zentralen Beratungs- und Betreuungsstelle geplant, die besonders intensiv mit externen Gruppen und Organisationen zusammenarbeiten muß.

neu

„Drogen-Bus“

Seit Ende April steht ein „Clean-Bus“ auf dem Parkplatz vor dem Schwimmbad in der Lipschitzallee / Gropiusstadt. Die inhaltliche Arbeit in dieser Einrichtung ist auf kreative Beschäftigung orientiert. Damit wird insbesondere für sehr junge Drogengefährdete und -abhängige die Möglichkeit geboten, Kontakt zu einer Beratungseinrichtung aufzunehmen. Antwortet die Senatsjugendverwaltung dem wißbegierigen CDU-Abgeordneten Dolata.

Das Konzept der Einrichtung liegt der Senatsverwaltung für Familie, Jugend und Sport seit Mai 1977 vor und wurde unter fachlicher Beratung durch den Drogenbeauftragten des Senats weiter entwickelt. Es ist Teil der Gesamtkonzeption der Arbeit der Drogenhilfe Berlin e. V., die für den Bezirk Neukölln ein Beratungsangebot, bestehend aus Beratungsstelle (Richardplatz 5), „Clean-Bus“ und streetwork, entwickelt hat. Die Arbeit im „Clean-Bus“ geschieht in enger Zusammenarbeit mit den bezirklichen und kirchlichen Freizeiteinrichtungen.

Der BVG-Bus wurde der Drogenhilfe Berlin e. V. durch das Bezirksamt kostenfrei zur Verfügung gestellt.

Die Beratungskapazitäten sollen erweitert werden, insbesondere, um in Zukunft in Berlin auch 'streetwork' durchführen zu können.

Ein weiterer Bereich ist im KRANKENHAUS SPANDAU, örtlicher Bereich Havelhöhe, auf der STATION 19 geschaffen worden. Auf dieser Station wird seit fünf Jahren ein Entgiftungs- und Rehabilitationsprogramm durchgeführt, daß als Modell von der Bundesregierung gefördert wird. Die Patienten (ausschließlich Fixer) kommen freiwillig in den Entzug, überwiegend durch die Vermittlung der Beratungsstellen des Caritasverbandes und der TU. Bereits während des Entzuges wird in der Station 19 mit einem Therapieprogramm begonnen, das auf lerntheoretischer Grundlage durch Verhaltens- und Arbeitstherapie der jugendlichen Abhängigen konstruktive Verhaltensmöglichkeiten und neue Perspektiven vermittelt. Nach dem Durchlaufen des mehrere Monate andauernden und umfassenden STUFENPROGRAMMS können

Patienten in die angeschlossenen Wohngemeinschaften des Anti-Drogenvereins aufgenommen werden. Unter der Leitung eines Stationsarztes arbeiten in dieser Abteilung eine Psychologin und ein Krankenpfleger, sowie 7 Krankenpflegehelfer, die teilweise eine qualifizierte psychologisch oder sozialpädagogisch orientierte Ausbildung erhalten haben. Die Mitarbeiter sind außerdem in der Beratungsstelle an der TU beratend und vermittelnd tätig und führen die Gruppentherapie in den Wohngemeinschaften des Anti-Drogenvereins durch. Die 20 Betten sind ständig voll belegt, darüber hinaus gibt es lange Wartezeiten.

Eine weitere Abteilung ist das AUGUSTE-Viktoria-Krankenhaus für Psychosoziale Störungen. Neben der ambulanten Beratungs- und Betreuungsmöglichkeit stehen 15 Betten zur Verfügung, Nach der Besetzung zweier freien Arztstellen sollen hier auch klinische Entzüge für Fixer durchgeführt werden.

DAYTOP-KLINIK für Suchtkranke

Seit dem 1.9.'77 ist auch für Berlin das dortige Langzeitprogramm zur psychosozialen Stabilisierung eröffnet worden.

Weitere Programme ergeben sich aus der Rehabilitation in WOHN- GEMEINSCHAFTEN, die seit '71 vom Senat mit etwa 500000 Mark im laufenden Haushaltsjahr gefördert werden.

Sichere Rezepte für einen Ausstieg gibt es nicht. Die relativ höchste Erfolgsquote verbuchen gegenwärtig Entwöhnungsgruppen, die den Entziehungs-

willigen mit Brachialgewalt erst einmal auf den 'Nullpunkt' bringen und dann wieder aufrichten, das heißt, nach und nach soll sich der ehemalige Fixer hocharbeiten, auch seelisch. Wo es geht, sollen ihm wenigstens bürgerliche Normen beigegeben werden, wie Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Arbeitsbereitschaft oder auch Kontaktfähigkeit, die er, wenn schon nicht emanzipiert, so doch für die Anpassung an die Gesellschaft gebrauchen muß.

Drogenberatungsgruppen

Als die Drogenszene sich verstärkt im Bereich der TU zeigte, nahm eine Selbsthilfegruppe ehrenamtlich in der alten Mensa der TU Drogen-Beratungstätigkeit auf und kann durch Zuwendungen inzwischen spezifische Drogenberatung anbieten.

In Zusammenarbeit zwischen den Senatsverwaltungen für Schulwesen, Gesundheit und Umweltschutz und Familie, Jugend und Sport muß eine flächendeckende Informationskampagne zum Drogenproblem für die verschiedenen Altersgruppen entwickelt werden. Vorrangig muß je-

doch der Ausbau der Therapieeinrichtungen für eine freiwillige Behandlung sein, die Unterbringung ohne oder gegen den Willen des Drogenabhängigen sollte die letzte Möglichkeit darstellen, den einzelnen einer Therapie zuzuführen.

Die besorgniserregende Zunahme des Drogenmißbrauchs in Berlin und der damit verbundenen Rauschgiftkriminalität, machen deren Bekämpfung zu einer zentralen Sicherheitsaufgabe dieser Stadt. Der Senat unternimmt alle Anstrengungen, auch mit polizeilichen Mitteln den Drogenmarkt zu bekämpfen und somit Maßnahmen der Prävention und Therapie zu unterstützen. Die Sogwirkung auf Händler und

Süchtige muß verhindert werden. Polizei und Zoll setzen verstärkt Maßnahmen gegen die Zufuhr von Betäubungsmitteln ein, um die Nachfrage zu behindern. Es sind wiederum restriktive Maßnahmen, die bereits erläutert worden sind.

Die Gesellschaft und die sie tragenden politischen Kräfte müssen das ihre tun, den in diesem Bereich Tätigen Hilfe und Unterstützung zukommen zu lassen. Es ist eine Aufgabe für alle, junge Menschen zu befähigen, selbstständige Entscheidungen zu treffen, ihnen positive Leitbilder zu bieten und Zukunftsperspektiven zu eröffnen.

-jak-

Die 'AG-Drogenvorbeugung'

Bildung einer Arbeitsgemeinschaft, die sich aus Gefangenen unter Beratung und Hilfestellung von Fachkräften zusammensetzt. Geworbene und freiwillige Mitarbeiter einer solchen AG nehmen an Kursen, Seminaren und Ausbildungen teil, die sie nicht nur während ihrer Inhaftierung in eine Hilfe umsetzen, sondern auch danach in Wohngemeinschaften, Beratungseinrichtungen ect., einsetzen können. Diese AG nimmt eine Beratungs- und Betreuungsfunktion ein, leistet Hilfe und soll auch Alternativen der Freizeitgestaltung aufzeigen. Die AG kann und darf deshalb nur mit freiwilligen Drogenklienten zusammenarbeiten. Nach meinen Überlegungen sollte sich evtl. auf jeder Station oder jedem Flügel einer Teilanstalt solche Mitarbeiter der AG befinden, der dafür Sorge trägt, daß in seinem Bereich potentielle Drogenabhängige und

Eigene Überlegungen eines Einsitzenden

Fixer frühzeitig erkannt (Drogenkonsum) und der AG zugeführt werden, um Vorarbeit leisten zu können. Es muß eine präventive Gruppenarbeit entstehen, um beginnenden Drogenkonsum erkennen zu können und möglichst auszuschalten. Die AG muß hierbei ebenfalls mit Broschüren Unterstützung finden, wie durchgeführte Seminare in der AG jene Interessenten befähigen muß, qualifizierte Arbeit in Wohngemeinschaften oder Selbsthilfegruppen durch- und ausführen zu können. Die AG muß Unterstützung erfahren mittels einer Informationskampagne zum Drogenproblem. Dies sollte vom Senat für Umweltschutz, Schulwesen und Gesundheit, sowie Familie, Jugend und Sport getragen und über leitende Fachkräfte auch an die AG „Knast“ verteilt werden. Nach eigenen Erkenntnissen scheint mir, war die Sucht bislang ein Problem der Ärzte und des Krankenhaus-

personals. Allenfalls noch der Vollzugsbediensteten. Und selbst ein Problem der Abhängigen, wohl aber weniger der pädagogischen Kräfte, weniger eine Arbeit der Ideologie und der Soziologie. Für die Psychologie bestand lediglich Interesse der Besonderheit wegen. Aber auch diese notorischen Meckerer, die bisher allenfalls pikiert auf die Gegebenheiten des Drogenkonsums hinwiesen, müssen angeregt und motiviert werden, nicht nur weiter zu meckern, sondern etwas dagegen zu tun. Sie müssen mit einbezogen werden. Und noch etwas abschließend von Wolfgang Heckmann: „Gegenüber Scharlatanerie, die sich nach außen hin bieder-männisch gibt und fantastische Erfolgsquoten verspricht, wachsam zu sein, ist eine wichtige Aufgabe der Sozialarbeit im Bereich der Suchtkrankenhilfe.“

-jak-

AUS DEM ABGEORDNETENHAUS



KLEINE ANFRAGE NR. 3315
DES ABGEORDNETEN DIETER HOFF-
MANN (SPD) VOM 29.9.1978 ÜBER
FREIE BEAMTEN-PLANSTELLEN IM
JUSTIZVOLLZUG:

1. Trifft es zu, daß im Berliner Justizvollzug ca. 100 Beamtenplanstellen unbesetzt sind?

2. Teilt der Senat die Auffassung, daß trotz Werbemaßnahmen die fehlenden und neu bewilligten Planstellen nur sehr schwer zu besetzen sein werden?

3. Teilt der Senat die Auffassung, daß Justizvollzugsbeamte zu einem erheblichen Teil mit Aufgaben betraut sind, die nicht dem behandlungsorientierten Vollzug hinzuzurechnen sind?

4. Trifft es zu, daß allein die im Schichtdienst tätigen Justizvollzugsbeamten bereits jetzt ca. 14.000 freie Tage zu beanspruchen haben?

5. Trifft es zu, daß durch die angespannte Personalisation seit geraumer Zeit auf dringend erforderliche Aus- und Fortbildungsmaßnahmen im Interesse der Sicherheit in den Vollzugsanstalten verzichtet werden muß?

6. Trifft es zu, daß der Senator für Justiz neue Volzugseinrichtungen nur eröffnen kann, wenn er das ohnehin schon unzureichende Personal zugunsten der Neueinrichtungen zusätzlich vermindert.

7. Trifft es zu, daß Justizvollzugsbeamte u.U. 20 - 25 Tage hintereinander Dienst versehen müssen, ohne einen freien Tag nehmen zu können?

8. Sieht der Senat Möglichkeiten für reine Sicherheitsaufgaben (Hof- und Turmposten, Pfortendienste, Kraftfahrer, Kleiderkammerverwaltung u.a.) Angestellte einzusetzen, allerdings ohne den Stellenplan der Beamten zu belasten und u.U. diese Angestellten nach Prüfung des Einzelfalles bei Bewährung in das Beamtenverhältnis zu übernehmen?

9. Teilt der Senat die Auffassung, daß geeignete Angestellte bei intensiver Werbung kurzfristig zur Entlastung der Vollzugsbediensteten und somit auch zur weiteren Verbesserung der Betreuung Gefangener beitragen?



ANTWORT DES SENATS
VOM 20.10.1978

zu 1.: Es trifft zu, daß z.B. 66 Planstellen des allgemeinen Vollzugsdienstes mit in der Ausbildung befindlichen Lehrgangsteilnehmern besetzt und 32 Planstellen des allgemeinen Vollzugsdienstes unbesetzt sind.

zu 2.: Der Senat teilt die Auffassung, daß es nicht leicht sein wird, im Hinblick auf den Stellenbedarf in den nächsten Jahren die benötigte Anzahl von geeigneten Bewerbern für den allgemeinen Vollzugsdienst zu finden, obwohl sich z.Z.

bereits 155 Justizvollzugsassistenten in der Ausbildung befinden und weitere Bewerbungen laufend eingehen.

Zu 3.: Der Senat ist nicht der Auffassung, daß Justizvollzugsbeamte zu einem erheblichen Teil mit Aufgaben betraut werden, die mit dem behandlungsorientierten Vollzug nichts zu tun haben, weil die Arbeit der Mitarbeiter im Berliner Vollzug zum ganzen überwiegenden Teil in der Betreuung der Inhaftierten besteht. Einen genaueren Überblick verspricht sich der Senat aus den Ergebnissen der z.Z. in der Jugendstrafanstalt Plötzensee laufenden Organisationsuntersuchung.

Zu 4.: Die im Schichtdienst tätigen Justizvollzugsbeamten haben z.Z. nicht ca. 14000 sondern ca. 12000 freie Tage zu beanspruchen, d. h. im Durchschnitt ca. 10 Tage je Bediensteten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in den letzten Monaten in verstärktem Maße Urlaube abgewickelt wurden.

Zu 5.: Es trifft zu, daß seit Frühjahr 1978 wegen der angespannten Personallage in den Justizvollzugsanstalten keine Fortbildungsveranstaltungen für den allgemeinen Vollzugsdienst mehr durchgeführt werden konnten. Die Ausbildung an der Vollzugsschule findet nach wie vor im vollem Umfang statt. Es kann davon ausgegangen werden, daß im Jahre 1979 wieder

INFORMATION

Fortbildungsveranstaltungen durchgeführt werden, sobald die z.Z. in Ausbildung befindlichen Beamten den Anstalten zur Verfügung stehen.

zu 6.: Für die durch den Belegungsdruck erzwungenen Vollzugseinrichtungen werden den Anstalten Bedienstete, die ihre Ausbildung beendet haben, zugewiesen. Das führt allerdings dazu, daß Personalstellen in den bestehenden Vollzugseinrichtungen nicht in dem wünschenswerten Umfang besetzt werden können.

Zu 7.: Abgesehen von drei Ausnahmefällen von ununterbrochenem Dienst einsatz zwischen 21 und 26 Tagen während der Urlaubsmonate August und Septem-

ber 1978 ist eine derartige Dienstzuteilung im gesamten Bereich des Berliner Vollzugs höchstens in wenigen Einzelfällen auf ausdrücklichen Wunsch der betroffenen Bediensteten, die sich freie Tage ansparen wollten, erfolgt.

Zu 8.: Der Senat sieht diese Möglichkeiten und beschäftigte seit geraumer Zeit Bewerber, die zur Teilnahme an einem später beginnenden Lehrgang in Betracht kommen, vor Ausbildungsbeginn vorübergehend als Angestellte im Vollzug. Da diese Angestellten bis zur Übernahme in das Beamtenverhältnis auf Ausbildungsstellen geführt werden, belasten sie nicht

die den Anstalten zur Verfügung stehenden Planstellen.

Darüber hinaus prüft der Senat die Möglichkeit des dauernden Einsatzes von Angestellten auf geeigneten Dienstposten im Vollzug. Er beabsichtigt, entsprechende Möglichkeiten unter Beteiligung der Personalvertretungen und Berufsverbände gegebenenfalls kurzfristig zu nutzen.

zu 9.: Der Senat teilt die Auffassung, daß geeignete Angestellte bei intensivierter Werbung kurzfristig zur Entlastung der Vollzugsbediensteten und somit auch zur weiteren Verbesserung der Betreuung Gefangener beitragen können.

Fehlorganisation

Malgruppen, Zeichengruppen, politische Bildungsgruppen jeder Couleur werden in Tegel angeboten. Fürwahr ein Fortschritt. Jeder Betrachter der Gruppenpläne kommt ins Staunen was so alles im Kulturplan steht. Erstaunlich, erstaunlich!!!

Es geht aber, wie es scheint, nun einmal nicht ohne die berühmten "wenn" und "aber", schon gar nicht im Strafvollzug. So werden z.B. Sport-Diskussionsgruppen, Rechtskunde im Strafvollzug, (letzteres empfehlenswert für Strafvollzugsbedienstete), angeboten. Aber nein, da haben wir ja bereits wiederum so ein "aber"; die Herren zählen nicht als Nichtarbeiter, wengleich sie manche Male Eindruck von solchen machen. Uniform und Schlüsselbund beweisen das Ge-

genteil, die Herren werden für ihre Anwesenheit bezahlt!

Warum die Gruppen nur für Nichtarbeiter angeboten werden, war unsere Frage an einzelne Dozenten. Einstimmige Antwort: Uns wurden die Zeiten gegeben, anders ginge das nicht.

Warum auch nicht!!!

Die Arbeiter sollen lieber nach Feierabend ausruhen und nichts lernen, vor allem nichts über das Strafvollzugsgesetz, sonst könnten die Herren Arbeiter aufmüpfig werden und Beschwerden schreiben. Die Nichtarbeiter tun das ja schon, weil sie den ganzen Tag nichts zu tun haben.

So, scheint uns, hat man bei der Zeitplanung einer neuen Gruppe argumentiert. Wir stellen nun die Frage, und die dürfte berechtigt sein: Warum

werden die arbeitswilligen Gefangenen benachteiligt? Ihnen bleiben diese Gruppen verschlossen. Bitte jetzt nicht die Ausrede: Denen stehen andere Gruppen zur Verfügung.

Die Effektivgruppen sind voll, und Gruppen, um es krass zu sagen, die nichts bringen, schlafen ein, ohne daß daran gerüttelt wird.

Das ist auch gar nicht unsere Absicht. Wir wollen lediglich aufmerksam machen, daß wertvolle Gruppen in unmögliche Zeiten gelegt werden. Die Arbeitswilligen werden mal wieder benachteiligt. Ob sich an diesem Mißstand je etwas ändern wird?

Wir hoffen es jedenfalls, daß die verantwortlichen Stellen sich ein paar Gedanken diesbezüglich machen werden.

-red-



INFORMATION

DER BEIRAT
an der Justizvollzugsanstalt Tegel

1000 BERLIN 38, den 24.11.1978
Marinesteig 4 (Landsberg)
Telefon: 803 89 00

An die Redaktionsgemeinschaft
des "Lichtblick"
JVA Tegel, TA III
Seidelstraße 39
1000 Berlin 27

Zur 10-jährigen Geburtstagsausgabe des "LICHTBLICK" möchte der Beirat an der JVA Tegel der Redaktionsgemeinschaft nachträglich seine besten Wünsche übermitteln und seiner Hoffnung Ausdruck geben, daß es der Redaktionsgemeinschaft gelinge möge, die Zeitschrift im Laufe des nächsten Dezenniums immer mehr zu einem wirklichen LICHTBLICK für alle Gefangenen zu entwickeln.

Der Beirat kann seit seiner Berufung im April 1977 erst auf eine 1 1/2 - jährige Tätigkeit zurückblicken, die im ersten Halbjahr vornehmlich auf das Erkennen und Abstecken seines Aufgabenbereiches gerichtet war. Wenn auch die Ausführungsvorschriften zum § 162 des StVollzG diese Aufgaben präzisieren, indem sie bestimmen, daß die Beiräte als ehrenamtliche Vertreter der Öffentlichkeit bei der Gestaltung des Vollzuges und der Betreuung der Gefangenen mitwirken, daß sie die Arbeit im Vollzug beobachten und den Gefangenen den persönlichen Kontakt mit Vertretern der Öffentlichkeit ermöglichen, daß sie den Anstaltsleitungen und Aufsichtsbehörden Anregungen und Verbesserungsvorschläge unterbreiten und den aus der Haft Entlassenen bei der Eingliederung in die Bürgergemeinschaft helfen, so konnten sich die Beiräte in Anbetracht ihrer geringen Zahl (3 Beiräte je Teilanstalt) und der Tatsache, daß sie zum weitaus größten Teil vollberuflich tätig sind, diesen Aufgaben nur in sehr bescheidenem Umfang widmen. Ihre Tätigkeit beschränkte sich bisher vornehmlich auf die Feststellung von Mängeln, die nicht als im Einklang mit den Vorschriften des StVollzG stehend beobachtet wurden, und um die Bitte an die Aufsichtsbehörde, solche Mängel zu beseitigen.

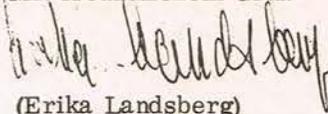
Wenn es in den Ausführungsvorschriften weiter heißt, daß die Beiräte Wünsche, Anregungen und Beanstandungen der Anstalts-Insassen entgegen nehmen und diese mit einer Anregung für die Behandlung des Falles an die Anstaltsleitung bzw. die Aufsichtsbehörde weiterleiten sollen, so konnten die Beiräte von wenigen - allerdings als sehr wichtig betrachteten - Fällen abgesehen, auf diesem Gebiete kaum tätig werden, da es vor allem an Vorbringen von Wünschen und Anregungen der Insassen mangelte. Hier sollten auch die Insassen-Vertretungen, die ja über die Probleme ihres Bereichs informiert sein müssten, Kontakte mit den Beiräten ihrer Teilanstalt suchen.

Der Schriftverkehr zwischen den Gefangenen und den Beiräten wird gemäß § 164, Zif. 2 StVollzG nicht überwacht. Briefsendungen an die Beiräte sollten deshalb adressiert werden:

An den Beirat der TA.....
Herrn/Frau.....
.....Straße...
1000 Berlin

Soweit die Anschriften der zuständigen Beiratsmitglieder nicht in den Teilanstalten aushängen, sollten sie von den Gruppenleitern erfragt werden.

Mit freundlichem Gruß



(Erika Landsberg)

Beiratsvorsitzende



Presse Meldungen



Betrifft: Lebensmittelpreise in Haftanstalten

„REIBACH“

Vorwurf von Häftlingen: Firma König nimmt überhöhte Preise. Die Firma König ist der Justizverwaltung und den Haftanstalten unbekannt.

Aus der Untersuchungshaft- und Aufnahmeanstalt Moabit erhielten wir folgenden „offenen Brief“, gerichtet an die Verbraucherzentrale.

Wir, die Unterzeichner dieses Schreibens, befinden uns z.Z. in der U-Haft Moabit – fast alle ohne eigenes Einkommen oder bestenfalls mit einem Tagesverdienst von ca. 3 Mark. Als Untersuchungsgefangene haben wir einmal wöchentlich – als Strafgefangene nur einmal monatlich – Gelegenheit, eine finanziell und sortimentsmäßig begrenzte Einkaufsbestellung bei der Firma König (Leitspruch: Bei König ist der Kunde König) aufzugeben. Durch Preisvergleiche mit Inseraten anderer Händler in der Tagespresse oder den Verbrauchertips im Rundfunk ist uns klargeworden, daß die Firma König ihre Monopolstellung brutal ausnutzt, um aus unserer Notlage zusätzlichen Reibach zu machen. (Es versteht sich von selbst, daß solche verbrecherischen Praktiken in unserer Gesellschaft „natürlich“ nicht bestraft sondern sogar noch gefördert werden – schließlich fußt unser schöner Wohlstandstaat ja auf diesem Prinzip der Ausbeutung der Schwächeren.) Wir sind jedoch nicht länger bereit, das widerspruchslos hinzunehmen.

Da entspr. Beschwerden beim Justizsenator wie gehabt keinen Erfolg hatten, wenden wir uns hiermit an die Öffentlichkeit und an die Verbraucherzentrale.

Wir bitten die Verbraucherschutzorganisation um Überprüfung der von der (Monopol-)Firma König von uns Gefangenen verlangten Preise – insbesondere der Kaffee- und Obstpreise (lt. beiliegender Einkaufsliste „zu den jeweils günstigsten Tagespreisen“): der Kaffee ist bis zu 2 DM teurer als in Zeitungsinseraten angeboten und beim Obst mußten wir beispielsweise am 4.10.78 für 500 g Bananen 0,75 DM bezahlen, während am gleichen Tag die Verbrauchertips auf SFB II von Tagespreisen zwischen 0,39 und 0,49 DM sprachen, 500 g Weintrauben kosteten für uns 1,50 DM gegen 0,79 – 0,95 DM in den Verbrauchertips; am 11.10. mußten wir für Weintrauben wiederum 1,50 DM berappen (SFB: 0,89 DM).

Die extremen Obstpreise sind auch deshalb besonders bitter, weil hier bei der ohnehin äußerst vitaminarmen Anstaltskost kaum Obst vorgesehen ist – wir aber alle ganz gerne noch ein paar Jährchen lang unsere Haare, Zähne, Seh- und Tatkraft behalten wollen. Von der Verbraucherzentrale möchten wir außerdem gerne wissen, ob es für uns oder die Verbraucherzentrale selbst irgendwelche rechtlichen Möglichkeiten gibt, um beim jeweiligen Knasthändler durchzusetzen, daß wir auch hinter diesen Mauern zu den marktüblichen Preisen einkaufen können.

Klaus-Dieter Warmbier
UHA-Moabit
1 Berlin 21

Es bleibt dabei: Bei **König** ist der Kunde König

Sortiments- und Preisliste

für die Belieferung der Häftlinge der Berliner Haftanstalten

ZITTY wollte sich mit der Firma König in Verbindung setzen, von der wir zwar eine Preisliste, aber keine Adresse haben. Anruf in der Verbraucherzentrale: Fa. unbekannt (im Telefonbuch nicht vorhanden).

Anruf in der U-Haftanstalt Moabit: Fa. König: unbekannt – aber der Senator für Justiz wisse Bescheid. Die Justizpressestelle kann weder weiterhelfen noch sei die Justizverwaltung überhaupt zuständig. Lebensmitteleinkauf sei Sache der einzelnen Anstalten. Die Strafanstalt Tegel könne in jedem Fall

weiterhelfen. Abt. Wirtschaft/Einkauf. Dortselbst: Fa. König unbekannt, nie gehört.

Einwand von ZITTY: König bezeichne sich im Briefkopf selbst als zuständig „für die Belieferung der Häftlinge der Berliner Haftanstalten“. Antwort aus der Wirtschaftsabteilung in Tegel: „Papier ist geduldig. Wissen Sie, früher bezeichneten sich die Leute als königlicher Hoflieferant. Heute schreiben sie eben rein, daß sie die einzigen Belieferer für die Haftanstalten sind“...



DER TAGESSPIEGEL

Ein Beamter für 30 Häftlinge in der Vollzugsanstalt Moabit

Resignation kennzeichnete gestern weite Teile der Protestveranstaltung „Sackgasse oder Chance für den Strafvollzug?“ der Abteilung Justizvollzug der Gewerkschaft OTV, zu der rund 70 Vollzugsbeamte und Sozialhelfer gekommen waren. Seit langem, so hieß es, hab man sich erfolglos gegen die unzumutbare Personalsituation gewehrt.

14 000 freie Tage, die nicht abzubauen seien, 100 unbesetzte Planstellen und Überbelegungen von Zellen bedeuteten für den einzelnen Beamten, zwischen 15 und 25 Tage hintereinander arbeiten zu müssen. So sei in Moabit das Verhältnis von Häftlingen zu Beamten mittlerweile auf rund 30 : 1 angewachsen. Dadurch sei eine kontinuierliche Arbeit bei der Resozialisierung der „Bürger in Haft“, wie es hieß, nicht möglich.

Seit dem Inkrafttreten des neuen Justizvollzugsgesetzes Anfang 1977 habe die Justizverwaltung kein Konzept zur Ausführung vorgelegt. Applaus erntete ein Beamter, der den Vorschlag unterbreitete, den Arbeitgeber „wegen Vernachlässigung der Fürsorgepflicht“ zu verklagen. Da der Beruf ohne Aufstiegsmöglichkeiten und mit zu vielen Überstunden verbunden sei, könne man mit keiner kurzfristigen Entlastung des Personalmangels rechnen.

Bei den Sozialarbeitern sei zur Zeit ebenfalls keine verantwortungsvolle Arbeit möglich, da ein Therapeut rund 70 Häftlinge zu betreuen habe. „Beschwerden über unzumutbare Belastungen werden von der Justizverwaltung als individuelle Unfähigkeit dargestellt“, hieß es aus der Versammlung.

Die Gewerkschafter wollen bald auf die Dringlichkeit dieser Probleme in mehreren Gesprächen mit Justizsenator Meyer eingehen. Darüber hinaus haben sie die Absicht, sich an die Vertreter der Parteien zu wenden.

gih

SPANDAUER
VOLKSBLATT
BERLIN

Weniger Rückfälle nach Therapie

Untersuchung des Max-Planck-Institutes in Strafanstalt Tegel

Die Rückfallquote von Strafgefangenen, die an einem sozialtherapeutischen Programm teilgenommen haben, ist fast ein Drittel niedriger als die bei Gefangenen aus dem Regelvollzug. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung, die das Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht im Auftrag des Berliner Justizsenators von 1977 an in der Strafanstalt Tegel durchgeführt hat.

Von 1500 im Zeitraum 1971 bis 1974 entlassenen Strafgefangenen — davon 400 aus der sozialtherapeutischen Abteilung — wurden hinsichtlich der Rückfallkriminalität die Akten verglichen. Nach durchschnittlich vier-einhalb Jahren Bewährungszeit liegt die Rückfallquote im Regelvollzug bei 59 Prozent gegenüber 36 Prozent bei den Behandlungsgruppen. Am niedrigsten erscheint die Rückfalltendenz bei Patienten, die länger als ein Jahr behandelt worden sind und in der letzten Phase vor ihrer Freilassung außerhalb der Anstalt gearbeitet haben.

Die sozialtherapeutische Anstalt ist Teil der Tegeler Strafanstalt für Erwachsene und bietet 230 Plätze für Gefangene, die selber einen Aufnahmearbeitgeber stellen müssen. Voraussetzung für die Behandlung ist, daß nur noch ein Strafrest von einem Jahr zu verbüßen ist. Außer an Einzel- und Gruppentherapie mit Psychologen und Sozialarbeitern können die Klienten auch an sozialpraktischen Trainingsgruppen teilnehmen, die Probleme des Alltags, aus Arbeits- und Freizeitbereich und Rechtsfragen behandeln. In einem weiteren Fachbereich können die Gefangenen auch Haupt- und Realschulabschlüsse nachholen.

Die Forschungsgruppe Kriminologie des Max-Planck-Instituts wertet das Ergebnis ihrer Untersuchungen als wichtigen Beitrag zur Diskussion um die konsequente Anwendung des Strafvollzugsgesetzes und sozialtherapeutische Maßnahmen im Strafvollzug.

DER TAGESSPIEGEL

Geringere Rückfallquote bei Spezialbehandlung im Strafvollzug

Sozialtherapeutischer Versuch in der Strafanstalt Tegel wird diskutiert

Seit Anfang 1977 ist das Strafvollzugsgesetz in Kraft. In Berlin wird seit Jahren an einem Modellversuch in der Haftanstalt Tegel gearbeitet. Jetzt sind Erfolgsstatistiken zu vermelden. Über den Wert wird schon gestritten. Die Urheberschaft beanspruchen gleich mehrere Stellen. Es geht um den sozialtherapeutischen Vollzug in der Teilanstalt IV. Untersuchungen über die Rückfallquote der dort Behandelten haben überraschende Zahlen ergeben.

Die Praxis ist dem Recht voraus. Die Vorschrift des § 65 Strafgesetzbuch, dessen Inkrafttreten seit Jahren immer weiter geschoben wird, sollte die gerichtliche Einweisung in eine sozialtherapeutische Anstalt regeln. Stattdessen entscheidet heute die Anstalt nach § 9 Strafvollzugsgesetz.

In Tegel begann der sozialtherapeutische Vollzug schon Anfang 1970. Zunächst mit 30 Insassen wurde versucht, sie durch besondere Behandlungsmethoden zu befähigen, „künftig ein Leben in sozialer Verantwortung zu führen“, wie es das Gesetz über den Strafvollzug sieben Jahre später vorschrieb. Konkret ging es darum, besonders gefährdeten und besonders gestörten Häftlingen besonders zu helfen. Dazu gehören die berufliche Ausbildung, das Erlernen von Kommunikation, die Übung der Bewältigung ihrer Probleme und das Akzeptieren der eigenen Schwierigkeiten. Der Anspruch der Wissenschaftler krankte zunächst an der eigenen Ziellosigkeit. Mit unterschiedlichen Modellen und Ansätzen wurde „herumgedoktert“, was auch noch fünf Jahre nach Beginn der besonderen Behandlung der damalige Justizsenator Oxford bekennen mußte. Falsch verstanden wurden die Neuerungen von den Häftlingen selbst. Die anspruchsvoll formulierten Überlegungen sahen für die Gefangenen konkret so aus: Mehr Fernsehen, mehr Freizügigkeit, mehr Sprechstunden. So wurden die Insassen in Haus IV als Privilegierte angesehen. Reibereien und Konflikte waren die Folge.

Der Fall des einsitzenden Polizisten, der bereits nach sechs Wochen in die sozialtherapeutische Anstalt verlegt wurde, schlug Wellen der Empörung bei den Mitinsassen. Dabei bedeutet das Haus IV keineswegs eine Verschönerung des Knastalltags, denn nach der Arbeit kommt die Therapie. Doch da der Regelvollzug fast nichts an den dort gewähr-

ten Freiheiten bot, war der Trend eindeutig. Das hat sich erst in jüngster Zeit geändert. Kriterien für die Überweisung in die sozialtherapeutische Anstalt sind nach wie vor die Notwendigkeit, der Wille des Einzelnen und seine Fähigkeit zu einer Therapie. Da sich zu viele berufen fühlten, wurde auch immer wieder ausgewählt.

Nachdem der Modellversuch über mehrere Jahre gelaufen war, machte sich Ende 1977 das Freiburger Max-Planck-Institut an die Arbeit, um den Erfolg des Unternehmens zu testen. Anhand von 1500 Strafregisterauszügen sollte untersucht werden, wie hoch die Rückfallquote der Entlassenen aus dem normalen Vollzug und der aus dem sozialtherapeutischen Vollzug ist. Mit dem Anspruch, die „sauberste“ Untersuchung auf diesem Gebiet geleistet zu haben, treten in dieser Woche gleich mehrere Institutionen und Behörden damit an die Öffentlichkeit.

Morgen stellt der Berliner Justizsenator zusammen mit dem Leiter des Freiburger Max-Planck-Instituts, Professor Kaiser, die Ergebnisse der Öffentlichkeit vor. Einen Tag später, am Freitag, plant das gleiche der Arbeitskreis soziales Training e. V. Dieser Verein hatte in den ersten Jahren des Modellversuchs entscheidende Arbeit in Tegel geleistet. In der Berliner Justizverwaltung ist man ungehalten über die Vorabinformation. Der Grund: Mit dem Ergebnis der Untersuchung kann man sich sehen lassen. „Die Rückfallquote beträgt nach durchschnittlich vier-einhalb Jahren Bewährungszeit im Regelvollzug 59 Prozent gegenüber 36 Prozent in den Behandlungsgruppen.“ So lautet der zentrale Satz der wissenschaftlichen Arbeit.

Aus Fachkreisen wird allerdings jetzt schon die Verwertbarkeit stark angezweifelt. Bedenken werden gegen die Auswahl der Therapierten angemeldet ebenso gegen die Kriterien. Das Durchschnittsalter der untersuchten Entlassenen aus Haus IV beträgt 33 Jahre; ohnehin schon ein Alter, das nicht den durchschnittlichen Gefangenen darstellt, der zwischen 20 und 30 Jahren alt ist. Auch bei den Delikten bleiben Fragen offen. So sind weniger Diebstahlsdelinquenten vertreten als im normalen Vollzug, obwohl der Dieb als „typischer“ Häftling bezeichnet werden kann.

hoff

Zum Thema Öffentlichkeitsarbeit

Ein Beitrag von Manfred Hecker

Gruppenarbeit der SPD
Schöneberg in der TA III
als Vorbereitung der Re-
sozialisierung

Seit zwei Jahren beschäftigt sich die 6. Abt. der SPD Schöneberg mit dem Strafvollzug. Nach vorbereitenden Diskussionen mit Strafgefangenen, Juristen und Psychologen, der Herren Dr. Nüßlein, von Seefrans und Dedert, arbeiten wir seit einem Jahr als Gruppe mit Strafgefangenen der Teilanstalt III zusammen. Anlaß, uns als SPD - Abteilung näher mit dem Strafvollzug zu befassen, war die Kritik an einer früheren Aktion, die sich auf ein Zeitungsabonnement für einen jungen Strafgefangenen beschränkte, als übliche Alibifunktion. Andererseits schien uns in der Diskussion die übliche individuelle Betreuung auch nur als Hilfe einzelner Strafgefangener und die Möglichkeit, nach anfänglicher Begeisterung allmählich abzuschlaffen, ein großes Risiko gegenüber den Gefangenen. Aus diesem Grund ist die Zusammenarbeit mit Strafgefangenen als Gruppe ein realistischer Ansatzpunkt.

Für uns als Außenstehende ist es eine Zusammenarbeit ohne die große psychische Belastung, die eine Einzelbetreuung mit sich bringt. Andererseits lernen die Strafgefangenen durch die Diskussion in der Gruppe ihre persönliche Situation in die all-

gemeine Lage des Strafvollzugs in Tegel einzuordnen und als allgemeinen Mißstand zu kritisieren. Unsere Funktion in der Gruppe sehen wir als kritische Öffentlichkeit, auf der Basis des neuen Strafvollzugsgesetzes.

Unsere Position als Öffentlichkeit verstehen wir auch als Vermittler zwischen Anstaltsleitung, Beamten und Insassen, denn ein Grundproblem liegt in dem tiefen Mißtrauen zwischen beiden Gruppen. Die Forderung des Strafvollzugsgesetzes, den Gefangenen bereits in der Anstalt fähig für eine spätere soziale Verantwortung zu machen, wird dadurch eher gemindert. Und der Gefangene wird durch den weiterhin praktizierten Regelvollzug zu einer Eigenverantwortung und sozialem Verhalten motiviert. Dieses Mißtrauen auf beiden Seiten mag partiell berechnete Gründe haben, macht eine Normalisierung jedoch sehr schwer. Hier hoffen wir als außenstehende Gruppe zu einer Entkrampfung beizutragen.

Die vor kurzem erlassene sog. "Kahlschlagverfügung" wird jedoch zu einer Belastung der Atmosphäre führen. Wieweit die Verfügung juristisch vertretbar ist, wurde von Frau Dr. Schaeffer, einem Mitglied unserer Gruppe untersucht. Unser Schreiben wird demnächst im Justizausschuß des Abgeord-

netenhauses besprochen werden.

Methode und Arbeit der Gruppe sind von den SPD - Abgeordneten Dr. Andreas Gerl und Horst Lange, die beide Mitglieder des Justizausschusses sind, positiv aufgenommen worden. Beide haben bereits mehrfach an Gruppensitzungen teilgenommen und ihre Unterstützung zugesichert.

In Anbetracht der positiven Ansätze hoffen wir, daß unsere Methode auch in anderen Häusern der Anstalt diskutiert und aufgenommen wird - um zu einem Vollzug zu kommen, der den Gefangenen verstärkt auf die spätere Integration vorbereitet, was auch im Interesse der Allgemeinheit nach innerer Sicherheit liegt.

Berlin, den 24. November '78



WERDE GANG EINES STRAF- TÄTERS



In diesem Beitrag wollen wir aufzeigen, wie ein Inhaftierter seinen bisherigen Lebensweg sieht. Wir wollen dabei keineswegs das Anrecht auf einen typischen Werdegang erheben, auch wenn dieser Weg für manche typisch sein wird.

Vielleicht schreiben uns einige Gefangene, die eine andere Entwicklung erfahren haben. Ob wir dann in dieser Art noch weiteres veröffentlichen, liegt einzig und allein an unseren Lesern, auf deren Resonanz es uns bei diesem

Beitrag ankommt. Es soll dies aber keineswegs ein Test sein, sondern ganz einfach eine Antwort auf die Frage, „warum bist Du straffällig geworden?“

Viele sagen, die Umwelt ist schuld. Beschränkt richtig, würden wir sagen, inwieweit sie dies ist, hängt von den Einzelschicksalen ab. Bei dem einen trägt sie ein gerüttelt Maß, bei dem anderen gab sie nur den Anstoß dazu, der nicht mal in Prozenten zu messen sein wird.

Lesen Sie das nächste

hend aufgeführte Interview, das wir mit einem Insassen aus Tegel führten. Der Vorname wurde von der Redaktion geändert:



Lichtblick: (1) In welchem Alter kamst Du zum ersten Mal ins Heim?

Knax: (K) Mit 3 Jahren in ein Kinderheim, immer für den Lauf der Woche, am Wochenende holte mich meine Mutter nach Hause.

1: Du hast den Krieg miterlebt, wie war es da?

K: Ein ständiges hin und her, zweimal ausgebombt.

1: Familie?

K: Ich mußte ständig zwischen meiner Mutter und meiner Großmutter, die auf dem Lande wohnte, pendeln. Mein Vater war bei der Bahn. Bei Kriegsausbruch wurde er sofort eingezogen, daher hatte ich kaum Kontakt mit ihm.

1: Kann man sagen, Du bist ohne väterliche Erziehung aufgewachsen?

K: Ja!

1: Wann begannen erste Schwierigkeiten, die auf eine kriminelle Entwicklung schließen ließen?

K: 1946, als mein Vater aus der Gefangenschaft kam.

1: Du betonst so sehr: als Dein Vater aus der Gefangenschaft kam?

K: Ja, sicher!

1: Warum?

K: Mein Vater war, bevor er in den Krieg mußte, ein

TEGEL - INTERN

seelenguter Mensch, aber dann war es plötzlich aus. Durch Alkohol verlor er seine Arbeit, mein Vater reagierte dann seine Wut an mir ab. Dann kam es durch den Alkohol auch noch zu einer Scheidung meiner Eltern. Meine Mutter schickte mich dann ins Heim.

l: Was war die erste Straftat?

K: Eigentumsdelikt; ich habe von Nachbarskindern mir ein Fahrrad geborgt und bin damit tagelang herumgefahren, ohne es zurückzugeben.

l: Du hast es Dir also angeeignet?

K: Ja, selbst hatte ich ja keins.

l: Du kamst also wieder in ein Heim?

K: Ja, endgültig 1947.

l: Wie lange warst Du dort?

K: Bis ich 1950 als unverbesserlich entlassen wurde. Ich habe in diesen Jahren die Heime oftmals gewechselt, von Niederbayern bis nach Unterfranken, sogar bis ins Rheinland.

l: Wie ging es nach dem Heim weiter?

K: Ich wurde damals von meiner Mutter und einem Mann vom Jugendamt abgeholt. Danach hatte ich eine Arbeitsstelle als angelernter Maler. Im Heim habe ich zwar eine Lehre begonnen, aber sehr schnell wieder abgebrochen.

Nachdem ich mich als Maler nicht lange halten konnte, versuchte ich es als Schlächter im Schlachthof. Aber auch da kündigte man mir wieder wegen Diebstählen sehr schnell.

l: Was hast Du dort geklaut?

K: Na, Fleisch und Wurst eben was ich zu Hause brauchte.

l: Da bekommt man doch ausreichend Fleisch für

den Hausgebrauch.

K: Na ja, das schon, aber es reichte eben nicht ganz.

l: Was machtest Du danach?

K: Da ging ich zu einem Bauern auf's Land.

l: Gab's da keine Schwierigkeiten?

K: Ja, aber erst 1953, da nahm ich den Traktor des Bauern, um zu meiner Freundin zu fahren. Da mußte ich erstmalig wieder vor den Kadi, wegen unerlaubter Benutzung eines Fahrzeuges.

l: Wie hoch wurdest Du da bestraft?

K: Vier Wochen Jugendarrest.



l: Wie weiter?

K: Na ja, meine Mutter und ein Vertreter des Jugendamtes holten mich dann ab. Da kam ich dann in ein Lehrlingsheim bei Freising, in der Nähe Münchens, wo meine Mutter wohnte.

l: Hast Du dort eine Lehre begonnen?

K: Ja, aber wieder nicht ausgelernt, als Fleischer. Nach sechs Wochen bin ich dort getürmt - zu einem Hopfenbauern in Unterfranken, der mir Arbeit gab. Bei dem habe ich dann gesehen, daß der Hopfenhandel ganz schön Geld bringt; da habe ich dann eben auch Hopfen verkauft, der mir aber nicht gehörte. Dafür bekam ich dann eine Jugendstrafe, 1-3 Jahre, das entscheidet dann die Anstalt je nach Führung. Zwei Jahre habe ich davon verbüßt, und weil ich eine Arbeit nach-

weisen konnte, mußte ich das dritte Jahr nicht machen.

l: Welche Arbeit?

K: Als Fensterputzer.

l: Wie lange hast Du da durchgehalten?

K: Nicht sehr lange. Meine Mutter hatte einen neuen Freund, und sie hielt mir meine Strafe immer wieder vor, das kann ich absolut nicht vertragen. Ich bin dann von zu Hause fort und habe aufgehört zu arbeiten.

l: War Deine Bewährung dadurch nicht in Gefahr?

K: Ja, die wurde 1956 widerrufen.

l: Du bist von zu Hause nur weg, weil es da Vorhaltungen gab?

K: Ja, das war der einzige Grund.

l: Wie war es nach dieser Strafverbüßung?

K: Ich kam eben raus und hatte niemanden, keine Freunde und keine Bekannten.

l: Du hast versucht, Dir Freunde zu kaufen?

K: Ja, dadurch brauchte ich immer mehr Geld, hatte aber auch keine Arbeit und mußte auf krummen Wegen zu Geld kommen. Ich bekam auch keine Arbeit, wenn ich es versuchte, und die Arbeitgeber erfuhren, daß ich im Knast war, schmissen sie mich raus.

l: Hast Du versucht, einen Arbeitgeber zu finden, bei dem Du von vornherein sagtest, daß Du aus dem Knast kommst?

K: Nein.

l: Wurdest Du zur Selbstständigkeit erzogen?

K: Nein, im Heim nicht und im Knast ja sowieso nicht.

l: Es war also immer, wenn auch den Umständen entsprechend, für Dich gesorgt. Du hast nie lernen müssen, Dich um alles zu kümmern?

K: Ja , das stimmt.
 l: Du wurdest dann immer öfter straffällig?
 K: Ja, es war ein Kommen und Gehen.
 l: Wie siehst Du Deine Zukunft, hast Du Hoffnung, daß Du eines Tages ein sinnvolles Leben führen kannst?
 K: Ja, wenn ich einen Menschen finde , der bereit ist, mich zu begleiten und auf mich ein bißchen aufpaßt, ohne dabei autoritär zu wirken und mir vor allem keine Vorhaltungen macht.
 l: Du betonst so sehr: Vorhaltungen?
 K: Ja, das kann ich absolut nicht ab , wenn ich eine Verbindung aufbaue, lege ich die Karten auf den Tisch , da sage ich dann alles, was war, aber man muß es dann dabei bewenden lassen und mich nicht ständig wieder daran erinnern.

l: Du schreibst auch auf Heiratsanzeigen?
 K: Ja , das habe ich mal, inzwischen habe ich es aufgegeben ,es hat keinen Wert , meine Strafe ist zum einen noch zu lange und zum anderen habe ich Angst vor einer Enttäuschung.
 l: Würdest Du Dir von einem Vollzugshelfer Erfolg versprechen?
 K: Beschränkt , es kommt darauf an, ob dieser persönliches Engagement mitbringt und mich auch nach der Haft beratend begleitet und mir vor allem ein bißchen hilft, sonst nutzt das alles nichts. Ich brauche ständig jemanden, um den ich sein kann , - sonst gehe ich nur in die Kneipe und lange nach Alkohol. Das kostet Geld, und die nächste Straftat wäre dann programmiert.
 l: Du bist jetzt 42 Jahre alt , Deine Strafzeit be-

trägt voraussichtlich 2 Jahre , wenn Du die vom Gericht zugesagten letzten 2 Jahre auch auf Bewährung bekommst?
 K: Ja, das ist ein Unsicherheitsfaktor, aber ich glaube schon, daß ich die bekomme.
 l: Mitleid nutzt Dir nichts, gekaufte Freunde noch weniger.
 K: Ja, ich brauche jemand, für den ich da sein kann und der auch für mich da ist, sonst sieht es trübe aus. Da komme ich sonst nie aus dem Teufelskreis heraus

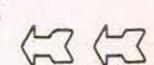


Anm. Vielleicht können wir mit diesem Beitrag unsere Leser zu eigenen nützlichen Gedanken anregen , die wir gerne dann in unserem Leserforum veröffentlichen werden.

ZTS-HITPARADE

Tegel Intern

20	Harmonie.....	Marie Laforêt
19	Thunder In My Heart.....	Leo Sayer
18	Dont Say Goodnight Ta A Lady Of Spain.....	Jeanette
17	Einsamkeit in meinem Zimmer.....	Mary Roos
16	Gottseidank es ist Freitag.....	Ingo Ingwersen
15	Breite unsere Decke aus.....	Wencke Myhre
14	Do It Yourself.....	Peter Gabriel
13	Jonny B. Good.....	Jimmi Hendrix
12	Look At Yourself.....	Uriah Heep
11	Our Night.....	Shaun Cassidy
10	Rock`nRoll Damnation.....	AC/DC (10)
9	Rosalie.....	Thin Lizzy (9)
8	Hot Stuff.....	The Rolling Stones (6)
7	The Sphynx.....	Amanda Lear (*)
6	I`m Going Home.....	Ten Year After (4)
5	Spirit In The Night.....	Manfred Mann's Earthband
4	Am Fenster.....	City Rock-Band (1)
3	Lady.....	Supertramp (3)
2	Smoke On The Water.....	Deep Purple (2)
1	Sheep (Animals).....	Pink Floyd (*)



Betrifft: Einladung der humanistischen Union zum 24.11.78 für Insassenvertreter.

Sehr geehrter Herr Senator!

Leider mußten wir erfahren "relata refero", daß Sie Sonderausgänge für die Teilnahme an der Veranstaltung, und ähnlichen Veranstaltungen ablehnen, mit der Begründung: daß nur Sonderausgänge nach § 35 StvollzG genehmigt werden, für Veranstaltungen an denen Sie teilnehmen oder einer Ihrer Beauftragten.

Es ist bedauerlich, daß Kollegen, die daran teilnehmen, ihren Regelurlaub dazu benutzen müssen, und somit wertvolle Freizeit dadurch verlieren, welcher eigentlich zur Aufrechterhaltung der familiären Bindungen dienen sollte.

Wir sind der Meinung, daß das eine Einschränkung der freien Meinungsäußerung ist, und eine Mißachtung des §35 (Callies/Müller/Dietz, Komm. StVollzG Rdnr. 1 zu §35), welcher vom Gesetzgeber ausschließlich dafür konzipiert wurde.

Es zeigt aber auch wieder einmal auf, wie man doch Ihrerseits interessiert ist, diese hier herrschenden Mißstände und die Fehlstrukturierung in der Anstalt, der Öffentlichkeit gegenüber, zu verschweigen versucht.

Wäre es nicht angebrachter der Öffentlichkeit bzw. Organisation diese desolaten Zustände darzulegen, und um Mithilfe bei der Bewältigung der Probleme, "sei es in Gruppenarbeit, Vollzugshelfer etc." zu bitten.

Laut StVollzG soll der Gefangene den allgemeinen Lebensverhältnissen ange-

glichen werden, aber speziell im Verwahrbereich II, wird ihm tagtäglich der Gesetzesbruch vorexerziert (nicht einhalten des StVollzG), soll das sein Vollzugsziel sein?

Wir wissen auch, daß diese Mängel hier, nicht Ihr Verschulden sind, sondern Ihrer Vorgänger, aber wäre es nicht angebrachter, daß Sie alles erdenkliche versuchen, diesem abzuhelpfen, oder soll es so weitergehen wie bisher, daß die Gefangenen aufgrund der Überbelastung und der katastrophalen Freizeitmöglichkeiten (TA II) den Weg in den Rausch ergreifen, in die Sucht getrieben werden (Heroin, Alkohol, Tabletten, etc.).

Den Gefangenen, die bereit sind an Ihrer Resozialisierung mitzuwirken, und jene die Hilfe ersu-

chen, wird sie schon in den Grundzügen hier verwehrt.

Wie sagten Sie doch bei Ihrem Amtsantritt in einem Interview über die Insassenvertretung: Sie sei zu begrüßen, da der Gefangene die Möglichkeit hat an seiner Vollzugsgestaltung aktiv mitzuwirken und demokratisches Verhalten lernt. Sie müssen uns dieses aber zumindest ermöglichen, oder waren das nur wieder übliche Floskeln?

Wir hoffen, daß Sie die jetzt getroffene Entscheidung sich für die Zukunft noch einmal überlegen werden, und an einer konstruktiven Arbeit, wie wir und mit uns interessiert sind, zur Bewältigung der hier herrschenden Probleme, so daß die TA II in Zukunft wieder eine günstige Perspektive aufweisen kann. Hochachtungsvoll. I.V.II

OFFENER BRIEF der I.V. TA II

Betrifft: Toilettenartikel

Sehr geehrter Herr Senator!

Heute mußten wir erfahren, daß keine Toilettenartikel (Seife, Toilettenpapier, Rasierklingen, Zahnpasta, etc.) mehr vorhanden sind, und auch keine gekauft werden können, da der Etat für dieses Jahr erschöpft ist.

Die Anstalt ist verpflichtet Toilettenartikel zur Verfügung zu stellen, nach §56 St Vollz G (Siehe Grunau St VollzG § 56 Minima Nr.14), damit die persönliche Reinlich-

keit gewährleistet ist.

Eine derartige Fehlkalkulation darf einfach nicht vorkommen. Qualifiziertes Personal ist einzusetzen, damit derartige Fehlplanungen nicht mehr vorkommen, und eine ununterbrochene Belieferung gesichert ist.

Wir verlangen, sofort für Abhilfe zu sorgen, denn es ist unverantwortlich, eine Anstalt ohne Toilettenartikel bei der hier herrschenden Überbellegung zu belassen.

I . V . II

O F F E N E R B R I E F

An den
Senator für Justiz
Herrn Meyer
Salzburger Straße 21

1000 Berlin 62

Berlin, den 24. November 1978

Sehr geehrter Herr Senator Meyer,

die Teilnehmer der Veranstaltung mit Robert Jungk am 24.11.1978 in der Hasenheide zum Thema "Haben Bürgerinitiativen eine Chance?" haben nachfolgende Resolution beschlossen:

Mit Bedauern hat die Versammlung zur Kenntnis genommen, daß die Justizverwaltung trotz Einladung keinen offiziellen Vertreter an der Veranstaltung hat teilnehmen lassen.

Die Versammlung wurde durch ein Beiratsmitglied darüber informiert, daß Sie, sehr geehrter Herr Senator, Ihre Zustimmung dafür gegeben hatten, aus jeder Berliner Anstalt drei regelurlaubsfähige Insassinnen bzw. Insassen an der Veranstaltung bzw. dem zweitägigen Seminar des AST teilnehmen zu lassen.

Die Tatsache allerdings, daß dann die Justizverwaltung in Ihrer Abwesenheit nur 6 Insassen aus Moabit und Tegel Ausgang zu dieser Veranstaltung gab und den Besuch des AST-Seminars grundsätzlich verbot, wurde von den Versammlungsteilnehmern mit Unverständnis und Betroffenheit registriert. Es herrschte der Eindruck vor, daß bewußt in Ihrer Abwesenheit gegen Ihre Entscheidung gehandelt wurde, um die Teilnahme der Insassen aus Düppel (u.a. Herrn Sonntag), Plötzensee und der Insassinnen aus der Lehrterstraße/Söhtstraße zu verhindern.

Die Versammlungsteilnehmer sehen darin, wenn und soweit der Bericht des Beirats zutrifft, eine Maßnahme der Justizverwaltung, die Anwendung des Strafvollzugsgesetzes zu untergraben, den amtierenden Senator für Justiz zu desavouieren und die Bürgerinitiativen zu diffamieren.

Wir fordern Sie, sehr geehrter Herr Senator, auf, sich dieser Entwicklung entgegenzustellen und derartigen Aktivitäten bestimmter leitender Mitarbeiter der Senatsverwaltung für Justiz Einhalt zu gebieten, um eine Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen und den Zielen des Strafvollzugsgesetzes zur Geltung zu verhelfen.

Teilnehmer der Veranstaltung "Haben Bürger-
initiativen eine Chance?" am 24.11.1978
des AG SPAK, AST und HU



Nicht selten kann man auf den Anzeigenseiten diverser Zeitungen und Zeitschriften unter entsprechender Rubrik Annoncen von einsitzenden Kollegen wahrnehmen. Es sind vorwiegend Hilfe-Rufe nach Kontaktpersonen, mit denen der Gefangene in einen Briefwechsel treten möchte und denen er sich in persönlichen Gesprächen gegebenenfalls gern anvertrauen würde.

Zweifellos können Bezugspersonen bei dem Inhaftierten notwendige Impulse auslösen, die ihm in seiner gegenwärtigen Situation und insbesondere während und nach seiner Haftentlassung mehr als nur behilflich sind. Während bereits intensive Korrespondenz sowohl den Gefangenen als auch (vielleicht) den Außenstehenden angenehm aus seinem Alltag reißen kann, gibt der Gesetzgeber einem ehrenamtlichen Vollzugshelfer die Möglichkeiten effektiver Resozialisierungsarbeit.

Leider ist die Resonanz auf jene Annoncen nicht annähernd ausreichend, und meist folgt dem Chiffre-Versuch die Resignation.

Die Redaktionsgemeinschaft "der lichtblick" hat in diesem Zusammenhang Aspekte der Eigeninitiative in Erwägung gezogen und bietet in den zukünftigen Ausgaben allen Inhaftierten die Möglichkeit zum Annoncieren. Da "der lichtblick" auch

einen relativ großen Kreis außenstehender Leser ansprechen kann, bleibt der gewünschte Erfolg abzuwarten.

Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß wir uns nicht als Heiratsvermittlungsinstitut verstehen bzw. verstehen lassen.

Zu dem technischen Verfahren nun folgendes:

1. Der Interessent reicht den gewünschten Text einer Anzeige auf einem Vormelder oder in einem Brief bei der Redaktion ein. (Briefkasten, Fach)
2. Name, TA, Station und Zellenr. müssen angegeben sein.
3. Der gewünschte Text wird mit einer Chiffre-Nr. versehen; Zusammen werden nicht veröffentlicht.
4. Aus verfahrenstechnischen Gründen behält sich die Redaktion Kürzungen und Abkürzungen vor.
5. Die eingehenden Antworten werden von der Redaktion unverzüglich, über Fach dem Adressaten zugesandt.

Es bleibt der Fantasie und dem Bedürfnis des einzelnen überlassen, WEN er WIE und WESHALB durch seine Annonce erreichen möchte.

Und noch etwas: mündliche Bitten um Bearbeitung der gewünschten Annonce werden nicht berücksichtigt.

-r.h.-

Jailbird, 26, sucht dringend weibl. Impuls. Meine Vorstellung schriftlich, unter Chiffre 1001

Dieter, 33/178, sucht weiblichen Briefkontakt, unter Chiffre 1002

Florian, 25/170, sucht weiblichen Briefkontakt, unter Chiffre 1003

Erstbestrafter, 29/167, o. jeden Kont., vers. auf d. Weg Anschl. zu finden. Beantw. ernstg. Zuschrift, unter Chiffre 1004

Jg. Soz. Arb. sucht 2-2 1/2 Zimmer-Whg. zum 1.1.79 unter Chiffre 1005

Erstverb., 38, Strafende im 4/79, su. Whg. m. Bad o. Du. unter Chiffre 1006

Wer verschenkt Lexikon ?? unter Chiffre 1007

Wer möchte mein(e) Vollzugshelfer(in) werden ?? unter Chiffre 1008

Günther, 34/184, noch längere Zeit in Haft, sucht weiblichen Briefkontakt, unter Chiffre 1009

Klaus, 24/162, suche nette Briefkontakte. Späteres Kennenlernen möglich unter Chiffre 1010

Polnischer Gefangener, 24 J. chcę korespondować po polsku z miłą dziewczyną. unter Chiffre 1011

Micha, 30/182, sucht eine vorurteilslose Briefpart. unter Chiffre 1012

Knacki sucht zärtlichen Track Chiffre 1013

Kosmopolit, 34/184, schlank Brillenträger, su. Kontakt. Korrespondenz engl./dtsch. unter Chiffre 1014





Einkauf ohne Schwierigkeiten scheint ein Traum zu bleiben. Der Novembereinkauf, bei dem der Arbeitsverdienst Oktober in Zusatzlebensmittel, Tabak und Kaffee umgesetzt werden konnte, barg unerwartete Schwierigkeiten.

Diesmal mußte nicht, wie fast schon zur Gewohnheit geworden, die Zahlstelle als Sündenbock herhalten. Die Schuld ging auf das Konto der Lohnbuchhaltung. Offenbar klappte die Neuregelung des neuen Abrechnungssystems nach Teilanstalten nur im Versuchsstadium.

Im letzten Monat fuhr der Fehlerteufel dazwischen, daß es nur so funkte. Insassen, die auf ihren Einkaufsschein hofften, mußten warten; die Abrechnung kam erst mit einer anderen Teilanstalt. Die Fehlerquote lag bei zehn Prozent, entschieden zu viel.

Wenn es trotz allem noch einigermaßen klappte, so ist dies der Zahlstelle zu danken, die unzumutbare Verzögerungen auszugleichen suchte. Dies muß mal gesagt werden; nicht an allem ist die Zahlstelle schuld, auch wenn deren Mitarbeitern gerne der "schwarze Peter" zugeschoben wird. Auch in anderen Abteilungen wiehert gelegentlich der Amtsschimmel. Zum Dezemberereinkauf liefert nun

die Firma Frey ein gewisses Fleischangebot, über deren Preisgestaltung noch nichts zu erfahren ist. Bleibt zu hoffen, daß die Preise nicht weihnachtlich verschwenderisch sind, sonst könnte uns der Braten im Halse stecken bleiben.

Die Senatsverwaltung teilte uns bezüglich der Weihnachtsbraten und unserer Anfrage (siehe auch Heft 8/78 "Die 20, --DM Story") mit: Grundsätzlich bestehen gegen die Beschaffung von derartigen Lebensmitteln keine Bedenken.

Anregung an die Insassenvertretungen; kümmert Euch im neuen Jahr etwas früher darum und nicht erst wieder, wenn die Entscheidungen schon gefallen sind. -jol-

Informationsveranstaltung des Senators für Justiz

Am 10. Nov. fand im Tegeler Kultursaal auf Einladung des Senators für Justiz eine Informationsveranstaltung für die Handwerkskammer Berlin statt.

Auf dem Programm standen mehrere Ausbildungsbetriebe zur Besichtigung.



Die Führungen machten Bedienstete wie Vertreter der Universal - Stiftung. Besonderes Augenmerk galt den Ausbildungsbetrieben. Ca. 60 Unternehmer nahmen an der Veranstaltung teil.

Im Anschluß an die Führungen fand der Leitende Regierungsdirektor Glaubrecht begrüßende Worte an

die Gäste. Danach eröffnete der Senator die Diskussion.

Besonders interessierte die Arbeitgeber vor allem die Entlohnung, die allgemein kopfschüttelnd aufgenommen wurde, nachdem man gemerkt hatte, daß von Tageslöhnen und nicht von Stundenlöhnen die Rede war.

Weitere Fragen galten der effektiven Arbeitszeit, über die äußerst kritisch geurteilt wurde die Frage dabei bedenkend, halten die Gefangenen nach der Entlassung dem Anspruch der erwarteten Leistung in der freien Wirtschaft auch stand. Der Leiter der Arbeitsverwaltung meinte dazu ausführend, daß hierbei eine Regelung in Betracht gezogen sei, die Arbeitszeit in der Freiheit anzugleichen, aber dies im Moment noch nicht möglich

sei. Der Grund seien die Freistunden und die Dienstzeit der Werkmeister, wobei letzteres sicher der schwerwiegendere Grund sein dürfte.

Alles in Allem war die Veranstaltung ein Erfolg. Die Unternehmer wissen nun über den Ausbildungsplatz Tegel Bescheid. Zu hoffen bleibt, daß sie auch Arbeitsplätze für Haftentlassene zur Verfügung stellen werden.

Worte des Senators seien noch angemerkt, die er an die Gäste richtete: "Wir sind es ihnen schuldig nachdem wir sie über Jahre verwahrt haben, ihnen die Möglichkeit zu einem neuen Start zu geben." Er betonte hierbei noch die Wichtigkeit solcher Führungen, da Haftentlassene oftmals ohne Wohnung und Arbeit seien und die Rückfallgefahr dann besonders hoch. -red-

10
JAHRE



Anonyme
Alkoholiker
in
Tegel

Die Gruppe Anonyme Alkoholiker feierte Anfang November ihr zehnjähriges Bestehen in der Srafanstalt Tegel durch ein öffentliches Meeting.

Ein Vertreter der Senatsverwaltung und viele Gäste von draußen unterstrichen die Bedeutung des Bestehens der Gruppe. Der Senator selbst ließ sich, anderer Termine wegen, entschuldigen. Der Anstaltsleiter Glaubrecht konnte eines Vorfalls innerhalb der JVA-Tegel wegen nicht teilnehmen.

In diesem fast fünf Stunden dauernden Meeting wurde vorrangig von den derzeitigen Schwierigkeiten der Gruppe gesprochen, die eine Weiterführung der absolut nutzbringenden Arbeit der Mitglieder gefährdet.

Die Schwierigkeiten scheinen am Teilanstaltsleiter zu liegen, der es

ten zusammengesetzt arbeiten.

Anschaulich mit einer Offenheit berichteten die Mitglieder von drinnen und draußen über ihren Werdegang als Alkoholiker, der manches Mal schockierend in ihrer Krassheit wirkte.

Es wurde jedem Teilnehmer klar, wohin der Alkoholismus führen kann, sobald er zur Sucht geworden ist. Die Grenze zur Sucht läßt sich aber nicht festlegen und auch



nicht abgrenzen. Ein Gast, der in Nordamerika lebt und bei einer Europareise seinen Berlinertermin auf diesen Tag legte, um am Meeting teilnehmen zu können, berichtete von den Alkoholikern in den Staaten. Dort ist man toleranter, freier, offener und eher geneigt, Alkoholismus als Krankheit anzuerkennen und nicht als Diskriminierung, wie bei uns leider üblich.

Auch ein Arzt, der an Alkoholkranken bzw. mit diesen arbeitet, kam zu Wort und unterstrich die Bedeutung der Gemeinschaft der Anonymen Alkoholiker, ohne die seine Arbeit als Arzt einfach nicht möglich wäre.

Der Vertreter der Se-

natsverwaltung sagte zu, die aufgezeigten Schwierigkeiten zu prüfen, um gegebenenfalls Abhilfe zu schaffen. Zu wünschen wäre es.

Allen Gästen und Beteiligten war klar, welche Bedeutung dieser Gruppe in Tegel beizumessen ist und daß diese unterstützt werden muß.

Die Beteiligung der Insassen läßt sehr zu wünschen übrig. Es sind einfach zu wenige, die sich zum Alkoholiker bekennen und damit den ersten Schritt der Abhilfe tun. Es entsteht keinem Insassen ein Nachteil, wenn er an dieser Gruppe teilnimmt. Im Gegenteil, es wird ihm mit Sicherheit geholfen, nicht mehr straffällig zu werden. Vorrausgesetzt natürlich, er ist bereit, sich aktiv in die Gruppe zu integrieren.

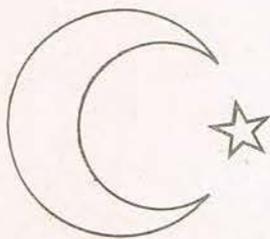
In einer unserer nächsten Ausgaben ist ein Artikel vorgesehen, der sich mit dem Programm und der Arbeit der Anonymen Alkoholiker auseinandersetzt. Vielleicht gibt dies dann dem einen oder anderen den nötigen Anstoß, sich helfen zu lassen. -jol-



verhindert, daß Insassen aus verschiedenen Teilanstalten eine gemeinsame Gruppe bilden. Bei diesem Meeting wurde klar herausgestellt, daß es unbedingt notwendig sei, die Gruppe wie bereits geschehen, nicht aufzuspalten. Sie sollte weiterhin aus allen Teilanstal-



ZUR SITUATION DER TÜRKISCHEN GEFANGENEN



Ein Beitrag
von
Ethem Sirmacek



Unsere türkischen Mitgefangenen in der JVA-Tegel sind über ihre Rechte und Pflichten zu wenig, jedenfalls wenn überhaupt, dann auch nicht ausreichend informiert, sagen alle. Die Beamten bestätigen dies.

Zur Zeit gibt es in Tegel keinen für diese Ausländerfragen geschulten Mitarbeiter. Der bisher für die Ausländer zuständige Sozialarbeiter machte sich bei seinen Vorgesetzten und Kollegen unbeliebt, weil er seine Aufgaben mit viel persönlichem Engagement erledigte, er ist seit dem 1. August nicht mehr da.

Für mich, den freiwilligen Mitarbeiter und Gruppenbetreuer, ist es langsam nicht mehr möglich, meine Arbeit weiterhin aktiv zu betreiben, wenn weder bei der Senatsverwaltung noch in der JVA-Tegel niemand zustän-

dig ist und sein möchte. Auch das türkische Konsulat in Berlin zeigte sich bis jetzt überwiegend desinteressiert.

Die Ausländerbehörde wurde mehrmals eingeladen, ich hatte mich bereiterklärt, für sie umsonst zu dolmetschen, wie öfters auch für die Justizbehörde, aber die Herren von



der Ausländerpolizei sind nicht einmal bereit, Gründe anzugeben, warum sie nicht kommen wollen.

In einem Schreiben der Justizbehörde steht es, daß die Urlaubsregelung für deutsche Gefangene auch für Ausländer gilt. Nach Ziffer IX 1 d der Regelung sind jedoch Gefangene, gegen die Abschiebung angeordnet ist, vom Urlaub ausgeschlossen. Gegen welche ausländischen Gefangenen ist diese Abschiebung nicht angeord-

net?

Weitere Zitate aus dem selben Schreiben vom 17. Mai 1973 mit der Unterschrift des Herrn Dr. Suttinger: "Von besseren Ausbildungsbedingungen sind Ausländer nicht ausgeschlossen. Auch hier gilt jedoch, daß im Falle einer angeordneten Abschiebung eine Zulassung zum Außenkommando unterbleiben muß. Die Senatsverwaltung für Justiz hat die Schulung einer großen Zahl von Vollzugsbeamten in Fremdsprachenkursen (insbesondere türkisch) in die Wege geleitet, doch wird die Durchführung dieser Lehrgänge verständlicherweise einige Zeit in Anspruch nehmen".

Jedenfalls habe ich bis heute keinen türkisch sprechenden Vollzugsbeamten gesehen denn einen Dolmetscher für die türkischen Insassen der JVA-Tegel.

Weiterhin steht es in diesem Schreiben: "Das Einbringen fremdsprachlicher

Lehr- und Unterhaltungsliteratur wird nicht nur nicht abgelehnt, sondern ist sehr erwünscht, Allerdings stehen z.Z.noch zu wenige Bücher zur Verfügung. Das türkische Generalkonsulat hat die Beschaffung von Literatur durch eine Sammlungsaktion in türkischen Familien angesagt." Was für Bücher die türkischen Gefangenen bis jetzt erhalten haben, ob dabei eine bestimmte politische Richtung die größte Rolle gespielt hat, diese Fragen werden am besten selbst die Gefangenen beantworten, wenn man sie danach fragt. Ich habe jedenfalls immer wieder von meiner Gruppe gehört, man bringe denen nur die Zeitungen, Zeitschriften und einige Bücher der islamisch orientierten türkischen MSP Partei des nationalen Heils und der rechts-extremen MHP 'national.Aktionspartei.

Die einzelnen Stationsbeamten sind für die speziellen Probleme der Ausländer nicht zuständig,

da sie dafür nicht ausgebildet sind. Besonders in der Teilanstalt III braucht man dringend einen Sozialarbeiter, der auch mit den Ausländerproblemen vertraut ist und eine dementsprechende Ausbildung hat.



Wie weit das ehrliche Interesse für dieses Problem besteht, kann ich nicht beurteilen und dies möchte ich auch nicht, denn das ist nicht meine Aufgabe. Ich habe den Anstaltsleiter seit 1973 nur einmal gesehen, den Teilanstaltsleiter von Haus

III, in den letzten zwei Jahren nur dreimal ganz kurz, davon einmal, als er einer von Herrn Kähne geleiteten Versammlung ohne Entschuldigung und ohne Begründung einfach fernblieb und dem Leiter Soz.-Päd.Abt.muß ich mich immer wieder neu vorstellen.

Ich kann Ihnen, sehr geehrte Herren, keine Bücher schreiben, dazu habe ich weder die Zeit noch die Verpflichtung und die Zuständigkeit. Aber eines können Sie doch wissen, bald wachsen mir Haare an der Zunge und ich komme mir vor meinen Landsleuten wie ein Märchenonkel für Erwachsene. Ob ich sie noch ewig verträsten kann, weiß ich auch nicht.

Anm.d.Red.:

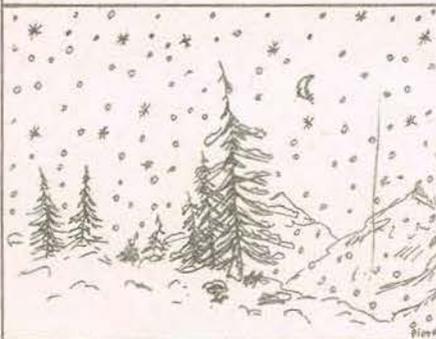
Siehe 'der lichtblick' Nr.8/78 Seite 21 "Information"



Gruppenarbeit der Zeugen Jehovas

Die Zeugen Jehovas bieten ab 4.11.1978 ein umfassendes Gruppenprogramm in den Teilanstalten I, II und III unter nachstehend aufgeführten Themen an. Bei einem Gespräch in unseren Redaktionsräumen wurde klar darauf verwiesen, daß die Gruppenarbeit in erster Linie Information über diese religiöse Organisation geben soll. Daraus sollen sich dann persönliche Kontakte ergeben, die in Einzelbetreuung übergehen können.

Wer Interesse an diesem Programm hat, kann sich auf dem üblichen Wege dazu vormelden.



Die Veranstaltungen finden vierzehntägig jeweils samstags ab 13.30 Uhr statt. "Wer sind eigentlich die Zeugen Jehovas?"

"Gibt es vernünftige Gründe für den Glauben an Gott?"

"Wieso ist die Bibel mehr als ein von Menschen geschriebenes Buch?"

"Ist die Bibel mit der Geschichte des Altertums in Übereinstimmung?"

"Was lehrt die Bibel über die Zukunft?"

"Kann die Bibel dir wirklich helfen, deine Probleme zu lösen?"

Hat die Sintflut tatsächlich stattgefunden?"

"Wie Gott vorgehen wird, um ein gerechtes neues System der Dinge für unsere Erde zu schaffen?"

-red-

الحسين الحسين الحسين

Obwohl ich noch ganz unter dem Eindruck des Geschehenen stehe, glaube ich doch sagen zu können, daß das Stück "in 80 Tagen um die Welt", vorgetragen von der Vaganten-Bühne, ein voller Erfolg war. Ca. 150 Gefangene besuchten diese Vorstellung und keiner bereute, das Stück gesehen zu haben. Die Vorbereitungen zur Ausstattung der Bühne war mit viel Sorgfalt getroffen worden. Immer und immer wieder wurden die schauspielerischen Leistungen jedes Darstellers durch langen Applaus des sehr

aufmerksamen Publikums der Teilanstalten I, II und III unterbrochen. Man sah, daß sich die Schauspieler von Beginn an große Mühe gegeben und das gefiel. Beifall fand auch die Vortragsweise des Stückes. Es war erklärend, in aneinandergereichte, einzelne pointierte Text- und Schaublöcke gehalten, und man konnte in keiner Situation den Faden verlieren. Eine Vielzahl von Requisiten gab es für die jeweiligen Darsteller. Spielten sie doch alle mehrere Rollen, in welchen sie die charakterlichen Darbietungen grundsätzlich veränderten. Auch konnten die Darsteller gut improvisieren. Das Bühnenbild wurde obwohl die Handlung oft an verschiedenen Orten stattfand, nie gewechselt. Jedoch konnte man sich auch hier mit ein klein wenig Phantasie schnell zurechtfinden,

gerade weil auch ein Conferencier erklärende Worte zu den wechselnden Situationen gab. Noch viele Worte zu verlieren, wäre alles in allem gar nicht angebracht. Für diejenigen, die dabei waren, wird es ein langanhaltendes Erlebnis bleiben.

Und noch etwas: Es ist sehr schwer den Menschen hier im Gefängnis, kulturell gesehen, eine Freude zu bereiten. Dies jedoch scheint der Vaganten-Bühne gelungen zu sein. Sie haben es verstanden, 150 Gefangene so zu begeistern daß sie noch nach der Vorstellung in Hochstimmung waren.

Bei Drucklegung war die Vagantenbühne bereits wieder mit großem Erfolg zu Besuch.

Diesmal mit dem Stück: "Urfaust".

Vielen Dank an die Mitglieder der Vaganten-Bühne wir hoffen, Sie kommen bald wieder. -red-



Gedanken zum Weihnachtsfest 1978 und zum Jahreswechsel

Katholische Seelsorge
Strafanstalt Tegel

DER KATHOLISCHE ANSTALTSGEISTLICHE

Liebe Leser drinnen und draußen!

Die sich immer wiederholende Frage, wo ist Gott, ist wohl in jeder Zeit und Situation mit dem gleichen Inhalt aber mit anderen Worten zu beantworten. Die Verkündigung heißt:

Gott wurde Mensch,
Gott ist da.

Diese Überfülle der Aussage, damit fertig zu werden, ist für einen Menschen wahrhaftig zu viel. Deshalb braucht er die Gemeinschaft der Gläubigen. Und nur diese Gemeinschaft ist es, die der noch größeren Schar der Suchenden und Fragenden die Antwort geben kann:

Wer ist Gott,
Wo ist Gott?

Diese Antwort wird immer wieder neu versucht und wird wohl besonders an Weihnachtsfest und im Hinblick auf das kommende Jahr gestellt.

Die Antwort:

Gott ist ein Kind.
Zutraulich, ohne Scheu,
dem Menschen verbunden, ja
auf ihm angewiesen, Gott
braucht den Menschen!

Gott ist oft so unscheinbar, so versteckt, so klein wie ein Kind, daß die Großen in der Welt oder die, die es sein wollen oder meinen, sie sind es, ihn übersehen. Und plötz-

lich ist es da.

Und erfüllt die Vater
Unser Bitte: Dein Wille
geschehe, wie im Himmel,
so auf Erden!

Wenn wir uns unsere
Situation, unser Gebet und
Gott ernst nehmen, dann er-
innern wir uns an Weih-
nachten dankbar daran, daß
in Jesus Christus Gott
Mensch wurde, damit der
Mensch heimfinde zu
Gott.

Das Jahr 1979 möge uns
alle auf diesem Weg ein
Stück voranbringen.

Gott segne Sie, Ihre Fa-
milien, Freunde und Bekann-
ten und Ihren Pater
Vincens Anstaltsseelsorger

SDS

FRIEDE - Na und...

Vor genau 33 Jahren hatten wir ihn den Frieden. Für viele meiner Generation zum ersten mal bewußt. Hörten wir die Weihnachtsbotschaft anders als ein Jahr zuvor? Friede auf Erden ...! Waren wir dankbar für das, was der Mai 45 gebracht hatte ein Ende der Kriegshandlungen?

Ich war damals 15, seit September aus sowjeti-

scher Kriegsgefangenschaft entlassen, ziemlich abgemagert (man sieht es mir nicht mehr an), Ich kann nicht sagen, daß ich diesen Frieden erwartet, begrüßt oder auch nur erleichtert hingenommen hatte. In mancher Hinsicht erschien mir dieser Friede sogar schwerer zu ertragen als der Krieg (wie ich ihn bis Mitte April 45 erlebt hatte).

Aus Büchern, Artikeln älterer kenne ich die Reaktion - dieses Aufatmen: Gott sei Dank, endlich Friede! Aus eigener Erfahrung nicht. Im Krieg hatten wir uns einschränken müssen. Jetzt hungerten wir. Im Krieg hatte es Stromsperrungen gegeben und kontingentiertes Heizmaterial - jetzt saßen wir im Finstern und froren. Das Land war geteilt,

jeder Quadratmeter von fremden Mächten besetzt. Das Versorgungssystem war nicht etwa gestört, sogar laut Lebensmittelkarte war ausreichende Versorgung nicht einmal vorgesehen. Wir glaubten ,dazu verurteilt sein - nun Wehrlos: zu verhungern, zu erfrieren, irgendwie Kaputtzugehen. Bei Nacht und Nebel - buchstäblich verschwanden Nachbarn aus ihren Häusern. Weder als Volk noch als einzelner sahen wir eine Zukunft. Der Krieg war vorbei (den Bombenkrieg zwangsläufig mit). Die Angst zugrunde zugehen, die Sorge um den nächsten Tag, die nächsten Lebensabschnitte für einen 15 jährigen wie mich damals schien das noch gewagt zu sein, nicht geringer geworden. Haß, Feindlichkeit, Unruhe, ich spürte sie deutlicher als Vorher. War das Friede?

Inzwischen haben wir diesen Frieden dreiunddreißig Jahre lang. Der deutschen Umgangssprache muß die anspruchsvolle Vokabel irgendwann peinlich geworden sein. So nannten sie zumindest den politischen Zustand- Kalter Krieg. Doch inzwischen ist der - offiziell - beendet worden. Nur als Friede, wirklich? Als ob Friede automatisch entsteht, wenn Kriegshandlungen eingestellt werden... Übrigens ist jener dreiunddreißigjährige Friede in Deutschland ein Vertraglicher Zustand. Also bestenfalls: kein Krieg, Und wenn das wirklich gemeint ist mit 'Friede auf Erden' (inclusive Ost-West- Vorhang und Nord-Süd-Graben) so kann man doch nur zurückfragen: Na und?

'Friede auf Erden' ist erst der zweite Satz zu

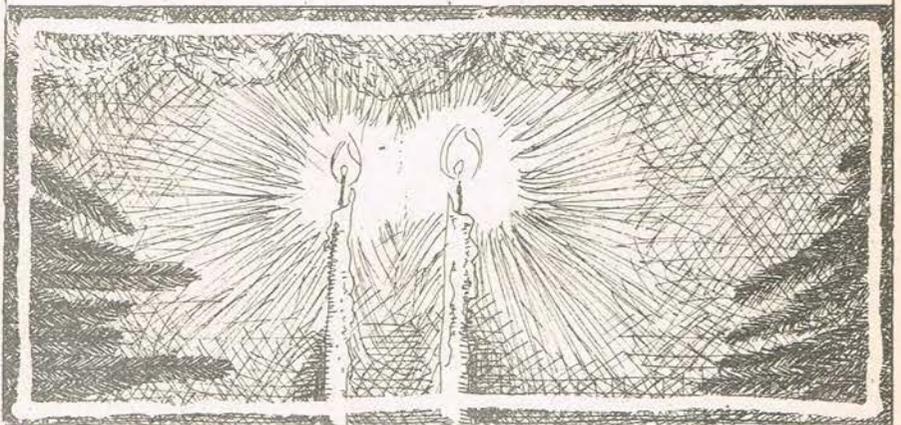
der Weihnachtsbotschaft - das wird gewöhnlich übersehen. Der erste lautet: 'Ehre sei Gott in der Höhe'. Gott die Ehre geben - so ist das gemeint - bedeutet: Friede auf Erden ermöglichen. Gott - so glaubt das biblische Israel, denen wir die Weihnachtsbotschaft verdanken - ist so groß, so erhaben über die Welt und Menschen, in so deutlichem Abstand zu jedem einzelnen Erdenbürger, daß die Unterschiede zwischen den Menschen verblasen. Wenn Gott die Ehre gegeben wird, wenn seine 'Höhe' begriffen und respektiert, wird, so werden die Menschen untereinander gleich finden sie in eine Linie miteinander. Dieses gleich sein ist die Voraussetzung für den Frieden.

Zu 'Ehre sei Gott in der Höhe' passen nicht: östliche Abgrenzungspolitik und westlicher Antikommunismus; Terrorismus und öffentliche Rache für 1967 per Radikalenerlaß; Anarchismus und Zufriedenheit mit den gegenwärt-

gen Gesellschaftlichen Verhältnissen; Blindheit gegenüber den Problemen der dritten Welt - und alle Versuche die Verhältnisse politische, ideologische, ökonomische Zwecke zu nutzen. Wenn ich Gott die Ehre gebe, so ist ein Mensch anderer Rasse und Klasse mir gleich. Erst wo dieses Gleichsein - angesichts der Größe Gottes - bewußt wird, da entstehen Voraussetzungen für einen Frieden auf Erden. Ohne dieses Gleichsein aller Menschen - im gesellschaftlichen moralischen Wert, in ihrem Wert als Menschen unter Menschen - werden bestenfalls Kriegshandlungen eingestellt. Na und?

Die Weihnachtsbotschaft behauptet, daß Friede unmöglich ist - wirklich Friede auf Erden... Auch Krieg ist möglich. Warum probiert die Menschheit immer nur diese zweite Behauptung aus? Warum versucht sie es niemals mit der ersten?

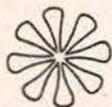
Wolfgang See



Es ist nur ein Gerücht, daß Sozialarbeiterinnen in der TA III vergrault werden.

-red-

"Brücke der Freundschaft" im Haus IV



Freitag, 10. Nov. Ungeduldig warten ca. 80 Insassen der Teilanstalt IV im Vorraum auf das vertraute Schlüsselgeräusch. Man hatte wenige Tage zuvor von einer musikalischen Abwechslung erfahren, die um 19.00 Uhr beginnen sollte, und nun stand man halt schon gute 30 Minuten. Aber was soll's: that's life, und schließlich sind jene Therapierten ja von den sonstigen Veranstaltungen im Kultursaal ausgeschlossen. Man steht also, dreht sich noch eine und wartet. Dann ist es soweit; alles drängt in die Sporthalle. Auf einer flachen Bühne stimmen sechs Musiker die Instrumente, testen noch einmal die Mikrophone und legen auch schon los. Gespielt wird Western & Country, man hört "The Bangs of Ohio", "Fox on the Run", "I Saw the Light" und natürlich "Country Road". Einigen Zuhörern ist die Show zu lahm; sie gehen. Andere vermissen Jonny Cash. Hinter der Bühne erfahre ich, daß die sechs Bandmitglieder amerikanische Anwälte sind, die im Rahmen eines Austausches für zehn Tage nach Berlin gekommen sind. Dieser deutsch-amerikanische Austausch wurde vor einem Jahr als "Brücke der Freundschaft" ins Leben gerufen und gibt derzeit 250 Bürgern aus Berlin und

Washington D.C. die Möglichkeit des gegenseitigen Besuchs.

So kam also jene RAGGEDY-BLUE-GRASS-JAZZ-BAND in unsere Stadt und stellte sich bei der Soz. Päd. Abt. vor.

Die Jungs spielen ihre Musik überzeugend und erhalten den gebührenden Applaus. Um 20.30 Uhr verabschiedet man sich dann: "I'm Going Home".

Montag, 13. Nov. Einheitlich in okkafarbenen Jackets und schwarzen Hosen gekleidet stellt sich die LANGLEI-HIGH-SCHOOL-BAND in der Sporthalle der JVA Tegel seinem Puplikum vor. Die Big-Band der 14-18jährigen Schüler einer Washingtoner Oberschule

setzt sich aus Orgel, Drums, Tonga, Querflöte, 6 Saxophonen, 5 Posaunen, 5 Trompeten, Baßgitarre und Sologitarre zusammen. Ihre verjazzten Improvitionen kommen

Improvisationen kommen bei den ca. 50 Insassen der TA IV verdammt gut an; die Soli der einzelnen Musiker begeistern. Man hört u. a. Stücke von Steve Wonder, Melanie und Glenn Miller. Höhepunkt des Abends ist eine Eigenkomposition eines Bandmitgliedes.

Eine gelungene Veranstaltung, die leider nur sehr schwach besucht ist. Fragt doch der Orchesterleiter höflich: „no more?“

-r.h.-



PiOTR

IMPRESSUM

Herausgeber:

Insassen der Justizvollzugsanstalt Berlin-Tegel.

Redaktion:

Redaktionsgemeinschaft
„der lichtblick“

V.i.S.d.P.: der von den Redaktionsmitgliedern gewählte jeweilige Chefredakteur. Die Arbeit der „Redaktionsgemeinschaft“ bestimmt sich nach Maßgabe des „Statut der Redaktionsgemeinschaft „der lichtblick“ vom 1. Juni '76.

Verlag:

Eigenverlag.

Druck:

Eigendruck auf ROTAPRINT R 30.

Postanschrift:

Redaktionsgemeinschaft
„der lichtblick“
Seidelstraße 39
1000 Berlin 27

„der lichtblick“ erscheint in der Regel einmal monatlich. Der Bezug ist kostenfrei. Bestellungen sind an die Redaktion zu richten.

Namentlich voll gezeichnete Beiträge stammen von anstaltsfremden Autoren und geben nicht immer unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Alle Artikel sind urheberrechtlich geschützt. Auszüge oder komplette Abdrucke mit Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Anzeigen:

Nach besonderer Absprache mit der Redaktion.

„der lichtblick“ wird ausschließlich von Strafgefangenen erstellt. Eine Zensur findet nicht statt.

Lieber Leser!

Die Dezemberausgabe liegt nun vor Ihnen. Das letzte Heft des Jahres 1978.

Für uns verlief dieses Jahr keineswegs befriedigend. Am Fehlen des Druckers scheiterten mehrere Ausgaben. So konnten wir Ihnen nur insgesamt fünf Hefte, zusätzlich das Sonderheft 10 Jahre 'lichtblick' übersenden.

Sicher sind Sie liebe Leser schon in Weihnachtsstimmung. Bei uns dauert es sicher noch etwas, falls sich eine derartige Laune bei uns überhaupt einstellen wird. Weihnachten schön und gut, aber außerhalb der Familie, nicht gerade erfreulich.

Ihnen wünschen wir ein schöneres beschaulicheres Weihnachten, wie wir es feiern werden.

Für das vor uns liegende Jahr 1979 haben wir den Wunsch nach mehr Mitarbeitern und vor allem den Wunsch an die Anstaltsleitung Bewerbungen schneller zu bearbeiten, so daß es endlich der Vergangenheit angehören muß, daß drei Monate Bewerbungen wegen fehlender Akte nicht bearbeitet werden.

Der wichtigste Mann für uns ist und bleibt der Drucker, an diesem Mann hängt die Herstellung des Hefes. Gerade dieser Fachmann fehlte in diesem Jahr mehrmals, dadurch kam es zu den bekannten Ausfällen. Unser jetziger Drucker wird uns auch nicht mehr lange erhalten bleiben, wie schon im Sonderheft genannt, drängt er in den verdienten Freigang. Eine Neubewerbung für diesen Posten haben wir eingereicht und warten auf die Zustimmung des Anstaltsleiters.

In diesem Heft setzen wir die Serie über die Drogenproblematik im Knast fort. Eine Anstaltsbeirätin berichtet anschaulich über die Schwierigkeiten Ihrer Aufgabe Öffentlichkeit im Vollzug zu präsentieren. Des weiteren berichten wir aus dem Abgeordnetenhaus und zitieren dabei den Landespressdienst, über unsere "ach so sehr bemitleidenswerten Beamten die ja so viele Überstunden machen müssen". Diese Richtigstellung wird so manchem dieser Herren nicht gefallen. Es gehört zu unseren Aufgaben objektiv zu berichten, loben wir diesmal die Bediensteten der Zahlstelle, üben wir mit vorgenanntem Bericht Kritik an den Stationsbeamten. Für das Neue Jahr 1979 wünschen wir Ihnen liebe Leser viel Erfolg und alles Gute. Bleiben Sie uns treu wir brauchen Sie als kritische Leser und nicht zuletzt als Gönner durch Ihre Spende.

In diesem Sinne verbleiben wir

Ihre

Redaktionsgemeinschaft

'der lichtblick'

NEGATIVES RESÜME

von René Hennig



Wenn aus grauen Wolkenmassen
Dezemberschnee zur Erde fällt
und in dem weißbedeckten Eckturm
ein Posten Winterwache hält,
dann kommen Frust und Aggression
mit einem Hauch von Illusion.

Im Lebensrepertoire
ein eingesperrtes Jahr
mit negativem Resümee
wenn's um die Weihnachtszeit
Erinnerungen schneit,
dann brenn' ich Eisen in den Schnee.

Was glaubst du, Schwester, wie ich's seh
so mit der Chance, mal frei zu sein.
Die Spur der Tat verwäscht sich nie
und gerade das schränkt mich so ein.
Es ist's nicht, daß ich dümmer bin,
nur fehlt dem Recht nicht recht der Sinn?

Wenn aus grauen Wolkenmassen
Dezemberschnee zur Erde fällt
und ich mit dir durch uns're Straßen
am Nachmittag spazieren geh,
erzähl ich dir, wie es so war
und was es brachte, Jahr für Jahr.

Im Lebensrepertoire
ein eingesperrtes Jahr
mit negativem Resümee
wenn's um die Weihnachtszeit
Erinnerungen schneit,
dann brenn' ich Eisen in den Schnee.